



Rheinland-Pfalz

LANDESAMT FÜR SOZIALES,  
JUGEND UND VERSORGUNG

# LANDESJUGENDAMT

Ausgabe August 2023

*info*



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>2</b>
<b>Vorwort.....</b>	<b>4</b>
<b>Aus der Arbeit des Landesjugendamtes.....</b>	<b>5</b>
Aus dem Landesjugendhilfeausschuss.....	5
<b>Aus der Verwaltung.....</b>	<b>8</b>
Informationsplattform zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG).....	8
Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) hinsichtlich der nach § 45 SGB VIII betriebserlaubnispflichtigen (teil-)stationären Einrichtungen (außer Kindertageseinrichtungen) .....	9
Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter: Qualitätsmaßstäbe und Gelingensfaktoren für die Hilfeplanung gemäß § 36 SGB VIII.....	10
<b>Der Blick zurück .....</b>	<b>11</b>
Von der Reform zur Umsetzung – Die große Vormundschaftsreform .....	11
Schutzkonzepte in der offenen Jugendarbeit (weiter-)entwickeln.....	16
„Inklusion ist ein Menschenrecht. Deswegen haben wir keine Alternative... ..	21
Landesdemokratiekonferenz am 25. April 2023 in Kusel.....	26
Fachtag für „Insoweit erfahrene Fachkräfte“ .....	27
18. Landeskonferenz Heimerziehung .....	31
Ein etwas anderer Blick auf die 6. landesweite Kinderschutzkonferenz – Poetic Recording mit Jan Cönig.....	34
„Vom Suchen und Finden – Funktionen von Extremismen“ – Digitale Themenwoche des Demokratiezentrum 2023 .....	38
Beteiligungswerkstätten in der stationären Jugendhilfe: Fassade oder Fundament?.....	41
Der Jugend eine Stimme zu geben, will gelernt sein ...im JES! mit PEP vor Ort 3.....	44
Qualifizierung im Pflegekinderdienst.....	48
Armutssensibles Handeln in der Kita-Sozialarbeit – unterstützen, kooperieren und vernetzen für mehr Chancengerechtigkeit .....	51
<b>Terminankündigungen.....</b>	<b>54</b>
13. Fachtagung für Fachkräfte der ambulanten Hilfen zur Erziehung Kinderrechte: Starke Kinderrechte – starke Kinder?! .....	55
Kinderhandel und Ausbeutung im Migrations- und Asylkontext – (Un-)Begleitete minderjährige Betroffene in Ausbeutungsstrukturen erkennen und reagieren.....	56
Kindesunterhalt aktuell.....	57
Abschlussstagung „JES! mit PEP vor Ort 3“ in Mainz .....	58

Demokratietag Rheinland-Pfalz 2023 .....	59
Save the Date .....	60
<b>Impressum .....</b>	<b>61</b>

## VORWORT

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vom Sommerloch ist hier noch nichts zu spüren. In den letzten Wochen und Monaten fanden sehr viele Veranstaltungen statt und auch die Gremien tagten fleißig. Etliche Mitarbeitende des Landesjugendamtes arbeiten in Gremien auf Bundes- und Landesebene mit. Dabei bringen sie sowohl ihre fachliche Expertise als auch den Blick aus unserem und auf unser Bundesland in die Diskussionen ein.

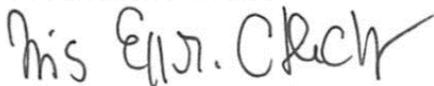
So sind unsere Kolleginnen und Kollegen beispielsweise in Arbeitsgruppen des Nationalen Rats gegen sexuellen Kindesmissbrauch, im Fachbeirat des AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe e. V., in der DIJuF-Fachgruppe „Inklusive Kinder- und Jugendhilfe“ oder im Bundesnetzwerk „Systemsprenger“ vertreten. Wir arbeiten zudem in allen Arbeitsgruppen der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter mit, auf deren Empfehlungen wir auch in diesem Heft verweisen. Es handelt sich dabei um Bundesempfehlungen, in die unsere rheinland-pfälzische Sichtweise durch die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen eingeflossen ist, die aber gleichzeitig eine einheitliche Auslegung der gesetzlichen Regelungen ermöglichen.

In unserem August-Heft stellen wir Ihnen die Empfehlungen zur Hilfeplanung gemäß § 36 SGB VIII vor und verweisen auf die Arbeits- und Orientierungshilfe Amtsvormundschaft. Diese Empfehlungen und viele andere, u. a. zur Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes, finden Sie auf der Seite der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter [Empfehlungen und Arbeitshilfen \(bagljae.de\)](https://www.bagljae.de).

Ein weiteres Angebot der Bundesarbeitsgemeinschaft befasst sich mit der Gewinnung von Fachkräften für die Jugendämter. Da das Thema uns alle in hohem Maße beschäftigt, möchte ich Sie erneut auf die Seite <https://www.personal-gewinnen-und-binden.de/> aufmerksam machen, die hilfreiche Strategien zur Personalgewinnung und -bindung aufzeigt.

Falls Sie die durchwachsenen Tage mit einer anregenden Lektüre überbrücken möchten, so sei Ihnen unser August-Heft herzlich anempfohlen.

Freundliche Grüße



Iris Egger-Otholt



## AUS DER ARBEIT DES LANDESJUGENDAMTES

### Aus dem Landesjugendhilfeausschuss

#### **Strategien gegen Missbrauch und sexualisierte Gewalt – ein Projekt zur Digitalisierung in den Hilfen zur Erziehung und die Arbeiten zum 4. Kinder- und Jugendbericht für Rheinland-Pfalz**

Die achte und neunte Arbeitssitzung des Landesjugendhilfeausschusses (LJHA) haben am 24. April 2023 im Erbacher Hof und am 3. Juli 2023 im Landtag stattgefunden.

Neben einer Stellungnahme zur geplanten Richtlinie zur Förderung von Investitionen zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter und der Vorstellung der aktuellen Themenschwerpunkte, Formate und Zahlen des Sozialpädagogischen Fortbildungszentrums (SPFZ) stand in der April-Sitzung die Präsentation von Initiativen und Projekten gegen sexuellen Missbrauch und sexualisierte Gewalt im Mittelpunkt.

Der Vorsitzende Albrecht Bähr konnte hierzu mit Carina Kneip vom Landeskriminalamt sowie Nina Schaumann vom Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) zwei Referentinnen begrüßen.

Carina Kneip stellte die polizeiliche Kriminalprävention zum Thema „Kinderpornografie/Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen im digitalen Raum“ vor. Sie betonte, dass es sich hierbei um die alltägliche Arbeit der Polizei handele, wobei sich die Bemühungen im Bereich der Kinderpornografie seit 2021 intensiviert hätten.

Die Hauptaufgabe der polizeilichen Kriminalprävention bestehe darin, Kampagnen zu entwickeln und präventiv arbeitende Akteurinnen und Akteure zu beraten und zu unterstützen. Zudem fänden regelmäßig Webseminare statt, wobei die Zahl der Teilnehmenden durch die Kooperation mit dem Landesjugendamt stark gestiegen sei. Kneip informierte anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) über die bundes- und landesweite zahlenmäßige Entwicklung in den Bereichen Kinder- und Jugendpornografie und Tätergruppen in den letzten Jahren. Ansatzpunkte für die Polizei seien Sensibilisierung und Aufklärung sowie die Stärkung der Medienkompetenz.

Im Anschluss stellte Nina Schaumann den von der Landesregierung ins Leben gerufenen „Pakt gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ vor. Ziele des Pakts sind ein wirksamer Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Missbrauch sowie eine flächendeckende kindgerechte Intervention und Nachsorge. Eine mit Expertinnen und Experten besetzte Fachkommission soll gemeinsam mit sechs eingesetzten Fach-Arbeitsgruppen und einem bundesweit ersten in Rheinland-Pfalz eingerichteten Betroffenenrat bis Mitte 2024 konkrete Vorschläge für einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt erarbeiten.

Iris Egger-Otholt, die Leiterin der Abteilung Landesjugendamt des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (LSJV), berichtete zum Abschluss des Schwerpunktes über die Ergebnisse der „Regionalen Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe in Rheinland-Pfalz“. Ziel der Stiftung war es, Anerkennung und Unterstützung für Menschen zu ermöglichen, die als Minderjährige in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren hatten und bis heute an den Folgen leiden. Im Zeitraum 2017 bis 2022 wurden in der Beratungsstelle in Rheinland-Pfalz insgesamt 765 Beratungsgespräche geführt. 741 Personen erhielten Geldleistungen aus der Stiftung. Die Beratungsstelle für Rheinland-Pfalz war bis Ende 2022 im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung angesiedelt.

Der Vorsitzende Albrecht Bähr resümierte am Ende der Sitzung, dass dieser große und wichtige Themenkomplex weiterhin grundlegend bearbeitet werden müsse und die Sitzung nur ein Auftakt gewesen sein könne.

Die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 3. Juli 2023 widmete sich zwei Schwerpunktthemen, zu denen der Ausschuss erneut externe Expertinnen und Experten gewinnen konnte.

So berichtete Prof. Dr. Pascal Bastian von der Technischen Universität Kaiserslautern-Landau zum Stand des Projekts „Digitalisierung in den Hilfen zur Erziehung“. Das vom LJHA im Februar 2022 beschlossene Projekt wird vom Familienministerium finanziell unterstützt und ist bis Ende 2023 angelegt. Ziel ist die Entwicklung, Erprobung und Verbreitung von digitalen Konzepten zur Sicherstellung und Gewährleistung eines niedrigschwelligen und schnellen Zugangs zu einer Erstberatung für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Das Projekt sieht eine Bestandsaufnahme vor, welche digitalen Formate zur Beratung, Kontaktpflege und zur Hilfeleistung von Jugendämtern und Erziehungshelfern verwendet werden. Darauf aufbauend werden neue Konzepte und digitale Formate zur fachlichen Beratung und Unterstützung entwickelt. Dazu haben sich an vier Standorten im Land Tandems aus Jugendämtern und freien Trägern gebildet. Die digitalen Konzepte werden gemeinsam entwickelt, erprobt und dann verbreitet.

In einem weiteren Vortrag berichtete Prof. Dr. Tanja Betz von der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Vorsitzende der Berichtskommission für den 4. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz, zum aktuellen Stand der Arbeit am Bericht. Schwer-

punkt wird „die Beteiligung aller jungen Menschen in Rheinland-Pfalz zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ sein. Der Bericht soll Mitte 2025 fertiggestellt sein und multimedisch und -perspektivisch erarbeitet werden; sowohl qualitativ-explorativ in Form von Gruppendiskussionen mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen als auch quantitativ über eine standardisierte Onlinebefragung im Herbst 2023. Auch in der Berichterstellung sollen junge Menschen beteiligt werden, beispielsweise über thematische Hearings.

Zu guter Letzt beschloss der Landesjugendhilfeausschuss auf Vorschlag der Verwaltung einstimmig, den Barbetrag zur persönlichen Verfügung (Taschengeld) für junge Menschen, die Hilfe zur Erziehung in Einrichtungen außerhalb des Elternhauses erhalten, zum 1. Oktober 2023 um etwas mehr als 12,5 Prozent für alle altersgestuften Barbeträge zu erhöhen.

Mit dieser guten Botschaft an die jungen Menschen in den stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe verabschiedete sich der Landesjugendhilfeausschuss in die Sommerpause.

Er kommt zu seiner nächsten Sitzung am 25. September 2023 im Landtag zusammen. Voraussichtlich werden Mediennutzung von jungen Menschen und die Stärkung der Medienkompetenz Schwerpunkte der Sitzung sein.

Nils Wiechmann | Telefon 06131 967-360 | [Wiechmann.Nils@lsjv.rlp.de](mailto:Wiechmann.Nils@lsjv.rlp.de)

# AUS DER VERWALTUNG

## Informationsplattform zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG)

Der AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e. V. (gegründet 1906 unter dem Namen „Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag“) hat eine neue Informationsplattform ins Leben gerufen, die Anregungen zur Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes gibt.

Dort zu finden sind Informationen, Materialien, Empfehlungen etc. zu den verschiedenen Themenfeldern des KJSG.

**AFET**  
Bundesverband für Erziehungshilfe e.V.

Über uns ▾ Unsere Angebote ▾ Unsere Projekte Themenplattform Kontakt AGB 🔍

Startseite / Themenplattform / Informationsplattform zum KJSG

### Informationsplattform zum KJSG

**Downloads:**

- Uebersicht-Verfahrenslotsen19-07-2023.pdf
- Uebersicht-Pflegekinderhilfe-19-07-2023.pdf
- Uebersicht-Schutzkonzepte-Pflegekinderhilfe-19-07-2023.pdf
- Uebersicht-Schutzkonzepte-Kinder-und-Jugendarbeit-11-07-2023.pdf
- Uebersicht-Schutzkonzepte-Schwerpunkt-Einrichtungen-11-07-2023.pdf
- Uebersicht-Schutzkonzepte-Schwerpunkt--Menschen-mit-Behinderungen-21-07-2023.pdf
- Uebersicht-Betreuung-u.-Versorgung-des-Kindes-in-Notsituationen-12-07-2023.pdf
- Uebersicht-Selbstorganisationen-4a-SGB-VIII-11-07-2023.pdf

**Kontakt**  
AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V.  
Bultstr. 5A, 30159 Hannover  
Tel.: 0511-353991-3, Fax: 0511-353991-50  
E-Mail: [info@afet-ev.de](mailto:info@afet-ev.de)  
Twitter: [AFET\\_eV](#)

Über uns Unsere Angebote Unsere Projekte Themenplattform Kontakt AGB

Gefördert aus Mitteln des  
Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Impressum | Datenschutzerklärung

Informationsplattform des AFET, Quelle: [afet-ev.de/themenplattform/informationsplattform-zum-kjsg](https://afet-ev.de/themenplattform/informationsplattform-zum-kjsg)

Außerdem wurden seit der April-Ausgabe des LJA-Info weitere Impulspapiere zu den Themen

- kleine Kinder in stationären Settings der Hilfen zur Erziehung
- KJSG und Vormundschaft
- Schulsozialarbeit

veröffentlicht. Diese können über den Newsletter des AFET oder über die AFET-Homepage <https://afet-ev.de/themenplattform/impul-se> eingesehen werden.

Heidi Steffl | Telefon 06131 967-527 | [Steffl.Heidemarie@lsjv.rlp.de](mailto:Steffl.Heidemarie@lsjv.rlp.de)

## Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) hinsichtlich der nach § 45 SGB VIII betriebserlaubnispflichtigen (teil-)stationären Einrichtungen (außer Kindertageseinrichtungen)

Am 10. Juni 2021 trat das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) in Kraft und damit einhergehend Änderungen in den §§ 45 bis 47 SGB VIII, welche die Voraussetzungen zur Betriebserlaubnis für (teil-)stationäre Einrichtungen, die Verfahren der Betriebserlaubnis- und Aufsichtsbehörde sowie die Verpflichtungen der Träger während des laufenden Einrichtungsbetriebs betreffen.

Als beratungsintensiv erwies sich schnell der neu eingeführte § 45a SGB VIII, mit dem zum ersten Mal eine Legaldefinition des Einrichtungsbegriffs vorgenommen wurde. Im Hinblick auf die sogenannten familienähnlichen Betreuungsformen der Unterbringung legt § 45a Satz 2 und 3 SGB VIII fest: „Familienähnliche Betreuungsformen der Unterbringung, bei denen der Bestand der Verbindung nicht unabhängig von bestimmten Kindern und Jugendlichen, den dort tätigen Personen und der Zuordnung bestimmter Kinder und Jugendlicher zu bestimmten dort tätigen Personen ist, sind nur dann Einrichtungen, wenn sie fachlich und organisatorisch in eine betriebserlaubnispflichtige Einrichtung eingebunden sind. Eine fachliche und organisatorische Einbindung der familienähnlichen Betreuungsform liegt insbesondere vor, wenn die betriebserlaubnispflichtige Einrichtung das Konzept, die fachliche Steuerung der Hilfen, die Qualitätssicherung, die Auswahl, die Überwachung, die Weiterbildung und die Vertretung des Personals sowie die Außenvertretung gewährleistet.“ § 45a Satz 4 SGB VIII eröffnet den Ländern die Möglichkeit zu regeln, „unter welchen Voraussetzungen auch familienähnliche Betreuungsformen Einrichtungen sind, die nicht fachlich und organisatorisch in eine betriebserlaubnispflichtige Einrichtung eingebunden sind“.

Nunmehr sind die landesinternen Beratungen abgeschlossen; Rheinland-Pfalz belässt es bei der bundesgesetzlichen Regelung und macht von der in § 45a Satz 4 SGB VIII normierten Möglichkeit des Landesrechtsvorbehalts keinen Gebrauch.

Somit konnte am 2. August 2023 ein Rundschreiben versandt werden, in dem die Träger der teil- und vollstationären Hilfen zur Erziehung, der Jugendwohnheime und Internate sowie der Einrichtungen für Minderjährige mit Behinderungen über die geänderte Rechtslage, die Umsetzung der neuen Regelungen in Rheinland-Pfalz und die Auswirkungen auf die Träger in Bezug auf die Änderungen der §§ 45 und 45a SGB VIII informiert wurden.

Das Rundschreiben wird in Kürze auf der [Homepage](#) des LSJV einsehbar sein. Für Rückfragen stehen Ihnen Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Abteilung Landesjugendamt, Referat 35 (Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen), gerne zur Verfügung.

Barbara Liß | Telefon 06131 967-380 | [Liss.Barbara@lsjv.rlp.de](mailto:Liss.Barbara@lsjv.rlp.de)

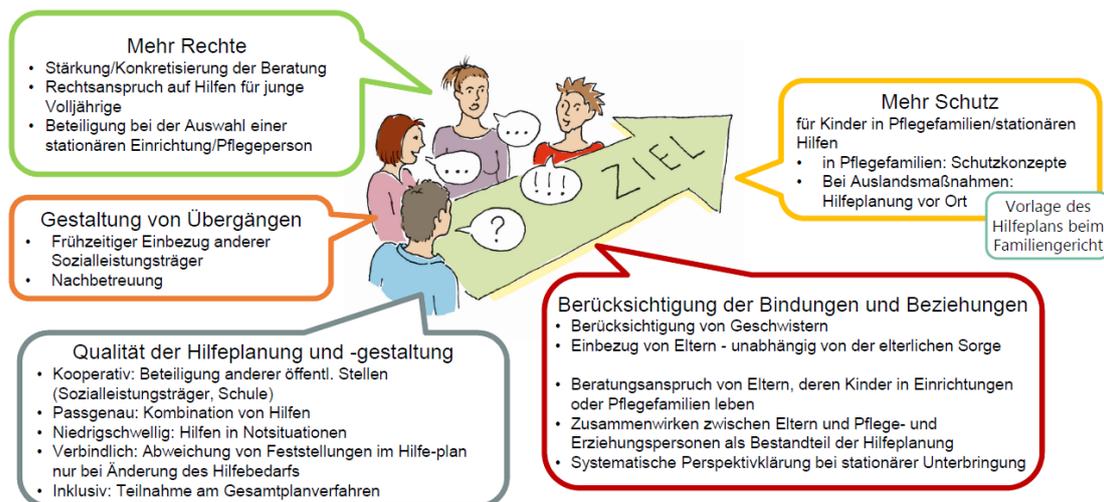
## Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter: Qualitätsmaßstäbe und Gelingensfaktoren für die Hilfeplanung gemäß § 36 SGB VIII

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter (BAGLJÄ) legte im Jahr 2015 erstmals Empfehlungen zur Hilfeplanung vor. Aufgrund der umfassenden Neuregelungen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) wurde eine umfangreiche Überarbeitung der Empfehlungen notwendig. Damit wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus kommunalen Jugendämtern und Landesjugendämtern beauftragt, deren Arbeit nun abgeschlossen ist.

Mit dem KJSG wurde die Hilfeplanung insgesamt gestärkt, insbesondere mit Blick auf

- die Beteiligung der Adressatinnen und Adressaten,
- die frühzeitige Perspektivklärung und
- die Rechte sowie den Schutz von Kindern und Jugendlichen in stationären Hilfen.

... wird durch das KJSG bestätigt



Auszug aus der Präsentation des LWL-Landesjugendamtes im Rahmen der AG zur Überarbeitung der Empfehlungen zur Hilfeplanung am 11.05.2023

Mit der Veröffentlichung der Empfehlungen zur Hilfeplanung ist in Kürze hier <http://www.bagljae.de/content/empfehlungen/> zu rechnen.

Heidi Steffl | Telefon 06131 967-527 | [Steffl.Heidemarie@lsjv.rlp.de](mailto:Steffl.Heidemarie@lsjv.rlp.de)



## DER BLICK ZURÜCK

### Von der Reform zur Umsetzung – Die große Vormundschaftsreform

Seit dem 1. Januar 2023 gelten deutschlandweit die neuen gesetzlichen Regelungen im Bereich der Vormundschaft und der gesetzlichen Betreuungen im Bürgerlichen Gesetzbuch. Weitere Änderungen wurden neben den Bestimmungen im BGB u. a. im SGB VIII und im FamFG durchgeführt.

Der Gesetzgeber will mit der Reform die persönliche Verantwortung des Vormunds weiter ausbauen sowie das Vormundtschaftswesen systematischer aufstellen.

Die Neugliederung im Vormundschaftsrecht enthält nun einen Verweis auf die Regelungen zu Vermögensangelegenheiten im Betreuungsrecht. Durch die steigende Relevanz der Vermögensfragen im Betreuungsbereich wurde diese Neuregelung erforderlich.

Inhalte, wie die Einführung neuer Vormundschaftsformen und die stärkere Orientierung an der Eignung und Auswahl der Vormünder für Kinder und Jugendliche, prägen das jetzt gültige Vormundschaftsrecht. Im Fokus stehen die Subjektstellung der Kinder und Jugendlichen, die Stärkung des Ehrenamts und der Rechte von Pflegeeltern sowie anderer Bezugspersonen im Leben der Kinder und Jugendlichen.

#### Zentrale Inhalte der Reform

- Stärkung der Rechte der Mündel gem. § 1788 BGB i. V. m. § 1778 Abs. 2 BGB
- Vorrang und Stärkung des Ehrenamts gem. § 1779 BGB
- Trennung von Vormundschaft und anderen Aufgaben des Jugendamtes gem. § 55 Abs. 5 SGB VIII
- Einführung neuer Instrumente wie der vorläufigen Vormundschaft gem. § 1781 BGB und des zusätzlichen Pflegers gem. § 1776 BGB

Eine der Kernaufgaben der Vormundschaftsreform besteht darin, die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen zu verwirklichen und zu verstetigen. Nach dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) sollen zudem das Mündel betreffende Entscheidungen verständlich, nachvollziehbar und wahrnehmbar vermittelt werden.

Die Stärkung der ehrenamtlichen Vormundschaften stellt einige Jugendämter vor strukturelle und inhaltliche Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Aufgaben wie Akquise und Schulung, Beratung und Begleitung von Ehrenamtlichen bilden nur einen Teil der zusätzlichen Aufgaben. Gerade hier sind Kooperationspartner für die pädagogischen Fachkräfte innerhalb und außerhalb der Verwaltung gefragt und gefordert.

Auf organisatorischer Ebene stellen die postulierte klare Trennung von Vormundschaftsaufgaben und weiteren Tätigkeiten die Verwaltungen vor zusätzliche Herausforderungen. Mischarbeitsplätze müssen „entmischt“, Aufgabenbereiche müssen neu definiert bzw. neu zusammengefügt werden.

Erste Ideen zur funktionellen, organisatorischen und personellen Trennung der Tätigkeitsbereiche, z. B. die Errichtung von Fachdiensten oder Koordinierungsstellen, werden derzeit bundesweit diskutiert und mancherorts bereits umgesetzt. Eine solche zentrale Anlaufstelle kann eine Chance sein, regional und transparent für alle Ehrenamtlichen ansprechbar und unterstützend im Prozess zur Verfügung zu stehen.

Ehrenamtliche in der Vormundschaft können sowohl bürgerschaftlich engagierte Menschen, als auch Verwandte oder Bekannte im Umfeld der Kinder und Jugendlichen oder die Pflegepersonen selbst sein. Diese gilt es durch das Jugendamt im gesamten Verlauf der Vormundschaft zu unterstützen.

Die damit verbundenen Aufgaben der Akquise, Schulung, Beratung und Begleitung der Ehrenamtlichen können auch auf Dritte, wie z. B. Vereine oder freie Träger übertragen werden. Hierfür müssen entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen werden. Dies entbindet das Jugendamt nicht von seiner Verpflichtung, weiterhin die Beratung und Unterstützung der Ehrenamtlichen zu gewährleisten sowie einen geeigneten Vormund für ein Kind oder einen Jugendlichen auszuwählen und beim zuständigen Amtsgericht vorzuschlagen.

Eines der vielen neuen Instrumente der Vormundschaftsreform ist die vorläufige Vormundschaft. Als vorläufiger Vormund oder Pfleger kann nur ein anerkannter Vormundschaftsverein oder das Jugendamt bestellt werden. Durch dieses Instrument soll bei Erfordernis einer sofortigen Bestellung eines Vormundes die Möglichkeit bestehen, den am besten geeigneten Vormund innerhalb von drei bis max. sechs Monaten durch das Jugendamt vorzuschlagen. Mit dieser Regelung will der Gesetzgeber Sorgerechtslücken vermeiden.

Durch die Möglichkeit des zusätzlichen Pflegers wird das Ehrenamt gestärkt. Denn dieses Instrument ist nur für ehrenamtlich geführte Vormundschaften möglich und soll Ehrenamtlichen eine Unterstützung sowie Entlastung in gewissen Teilbereichen oder einzelnen Sorgerechtsangelegenheiten bieten. So kann eine Pflegeperson der am besten geeignete Vormund für ein Kind sein, obwohl dieses einen zusätzlichen Pfleger durch das Jugendamt beispielsweise für die Bereiche Antragsstellung Hilfen zur Erziehung und Umgangsrecht erhält. Gerade bei Interessenskonflikten oder in anderen schwierigen Konstellationen kann dies für alle Beteiligten eine gute und zielführende Option darstellen.

## Erste Erfahrungen mit der Reform des Vormundschaftsrechts

Die große Vormundschaftsreform war das zentrale Thema am zweiten rheinland-pfälzischen Vormundschaftstag, mit dem sich 70 Fachkräfte aus den Bereichen Amts- und Vereinsvormundschaften am 18. April 2023 in Mainz beschäftigten. Prof. Dr. Birgit Hoffmann von der Hochschule Mannheim nahm in ihrem Hauptvortrag die mit der Vormundschaftsreform verbundenen zentralen Änderungen und erste Erfahrungen mit der begonnenen Umsetzung in den Blick. Ihre Analyse zeigte die in Deutschland unterschiedlichen Herangehensweisen in den Jugendämtern. Manche führten weitreichende strukturelle Veränderungen durch, wie die Trennung von Mischarbeitsplätzen und die Einführung einer Fachstelle bzw. Koordinierungsstelle Vormundschaften. Andere Jugendämter seien in den Anfängen zum Aufbau neuer Strukturen, wie sich mit Blick auf unterschiedliche Stellenausschreibungen von Jugendämtern zeige.

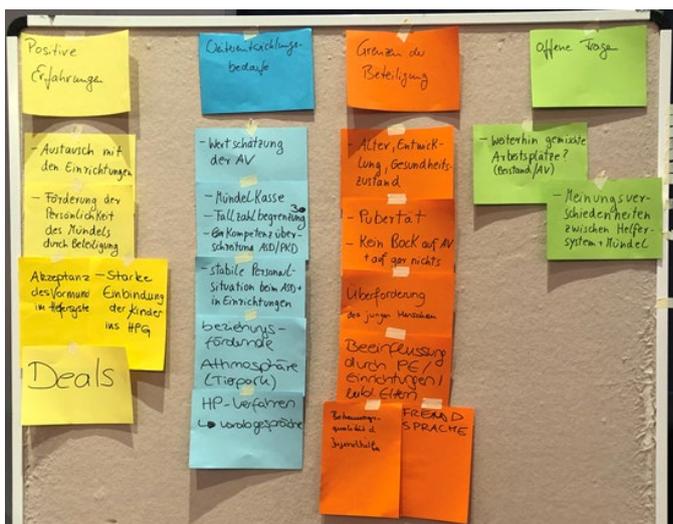


Flyer der Veranstaltung

Auch die Teilnehmenden berichteten von vielfältigen Praxiserfahrungen in der Umsetzung der Reform. So wurde in einem ersten Stimmungsbild deutlich, dass bisher nur selten Jugendämter oder Vereine als „vorläufiger Vormund“ durch die Amtsgerichte eingesetzt wurden. Hoffmann zeigte sich überzeugt, dass sich das in Zukunft verändern werde. Neue Vorgehensweisen und Perspektiven müssten sich in allen Verwaltungsstrukturen, die mit Vormundschaften zu tun haben, entwickeln und etablieren.

## Austausch und Diskussion

In drei Foren am Nachmittag wurden Inhalte vertieft und die Fachkräfte kamen miteinander in den Austausch.



Ergebnisse eines Forums

In Forum 1 „Ehrenamtliche Vormundschaft – Beratung und Qualifizierung“ befasste sich Dr. Heike Berger vom Sozialdienst katholischer Frauen in Dortmund mit dem Thema der ehrenamtlichen Vormundschaft und nahm insbesondere die Frage der Beratung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen in den Blick. Es wurde deutlich, dass die Teilnehmenden viele Fragen und Unsicherheiten im Hinblick auf den gesetzlichen Vorrang der ehrenamtlichen Vormundschaft haben.

Marion Moos vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz legte im Forum 2 „Beteiligung und Mündelrechte“ den Fokus auf ein zentrales Ziel der Reform, die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen. Unterschiedliche Erfahrungen sowie Grenzen der Beteiligungsmöglichkeiten wurden diskutiert. Die Frage, ab welchem Alter oder nach welchen Kriterien Beteiligung in der Vormundschaft funktionieren kann, wurde durchaus kontrovers erörtert. Einig waren sich jedoch alle darin, dass die Form der Beteiligung immer eine individuelle Entscheidung ist und dass sowohl der regelmäßige fachliche Austausch als auch gegenseitige Akzeptanz zum Gelingen beitragen.

Im Forum 3 „Kooperation im Jugendamt – nur ein schöner Begriff oder auch gelebt?“ wurde das Thema der internen Kooperation im Jugendamt und deren Herausforderungen und Potenziale durch Peter Nied aus dem Stadtjugendamt Stuttgart vorgestellt. Vor allem unterschiedliche Rollen innerhalb des eigenen Jugendamtes stellt die Fachkräfte regelmäßig vor Herausforderungen und Fragen, z. B. „Wie weit kann und darf ich gehen? Wo liegen meine Grenzen?“ Die Teilnehmenden des Forums definierten eine klare und transparente Kommunikation untereinander als einen wesentlichen Gelingensfaktor. Zudem seien schriftliche Vereinbarungen mit klaren Aufgabenbeschreibungen und Prozessabläufen eine Unterstützung im Umgang mit anderen Fachdiensten.

## **Fazit**

Die Reform hat sowohl auf pädagogisches als auch verwaltungsrechtliches Handeln direkte Auswirkungen in verschiedensten Bereichen. Dies gilt es im Blick zu behalten, und gegenseitig Verständnis und Offenheit aufzubringen.

Für die Umsetzung und Verstetigung der großen Veränderungen der Vormundschaftsreform braucht es Zeit, Kommunikation und Kooperation. Durch Fortbildungsangebote der Abteilung Landesjugendamt, wie u. a. die Qualifizierungsreihe Amtsvormundschaften, erhalten Fachkräfte in Rheinland-Pfalz zusätzliche Möglichkeiten der Weiterbildung.

Weitere Informationen erhalten Sie auf Seite 57 bei den Veranstaltungshinweisen oder direkt in der Abteilung Landesjugendamt, Referat 34 bei Hanna Aalders.

## **Weiterführende Links zum Thema Vormundschaft**

- Die gerade erschienenen Arbeits- und Orientierungshilfe der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter (BGLJÄ): [161. Arbeits- und Orientierungshilfe für den Bereich der Amtsvormundschaft und -pflegschaft](#)
- Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft e. V. (Bundesforum): [Die große Vormundschaftsreform – Ein Materialband für die Praxis](#)
- Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF): [Thesenpapier zur Reform des Vormundschaftsrechts](#)
- [Rechtsgutachten zur Umsetzung des § 55 Abs. 5 SGB VIII](#)

- LVR-Landesjugendamt Rheinland, LWL-Landesjugendamt Westfalen (LVR/LWL): [ProReVorm – Arbeitshilfe Reform des neuen Vormundschafts- und Betreuungsrecht; Neue Prozessbeschreibungen zur Aufgabenwahrnehmung im Jugendamt](#)
- Landesarbeitsgruppe Amtsvormundschaften und -pflegschaften Baden-Württemberg (LG BW): [Orientierungshilfe zur Personalbemessung im Jugendamt für den Bereich der Förderung ehrenamtlich geführter Einzelvormundschaften unter besonderer Berücksichtigung des neuen Vormundschaftsrechts \(ab 01.01.2023\)](#)

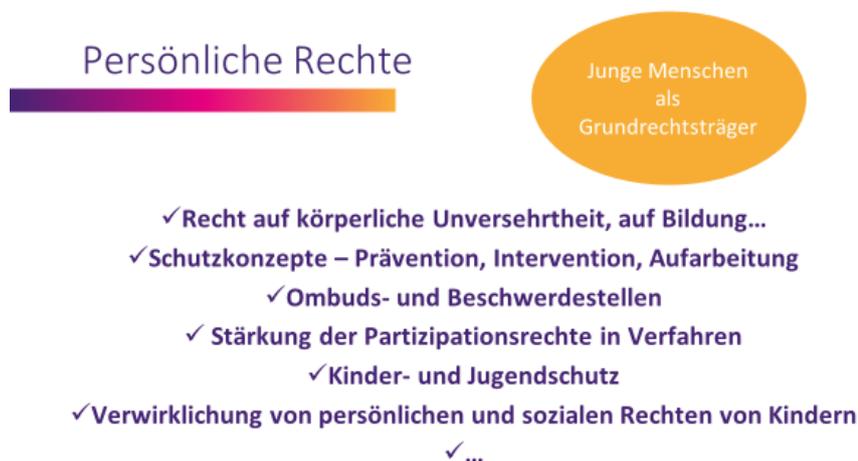
Hanna Aalders | Telefon 06131 967-366 | [Aalders.Hanna@lsjv.rlp.de](mailto:Aalders.Hanna@lsjv.rlp.de)

## Schutzkonzepte in der offenen Jugendarbeit (weiter-)entwickeln

So lautete der Titel der Tagung am 25. April in Mainz. „90 Prozent der Gewalt findet unter Jugendlichen statt. Damit sind Jugendliche zugleich Opfer und Täter“. Diese Aussage bescherte eines der vielen Aha-Erlebnisse bei der gemeinsamen Landestagung des Sozialpädagogischen Fortbildungszentrums (SPFZ) und der Fachberatung Jugendarbeit in der Abteilung Landesjugendamt.

Zu Beginn der Tagung stellten Dr. Tanja Rusack und Alida Birke von der Universität Hildesheim Forschungs- und Befragungsergebnisse sowie Erfahrungen aus der Begleitung entwickelter Schutzkonzepte aus dem vom Bundesbildungsministerium geförderten Projekt „SchutzJu – Schutzkonzepte in der Kinder- und Jugendarbeit & Jugendsozialarbeit“ (<https://doi.org/10.25528/071>) vor:

Voraussetzung für die Entwicklung eines Schutzkonzeptes ist es, junge Menschen als Grundrechtsträger zu verstehen.



Übersicht der persönlichen Rechte eines jeden jungen Menschen

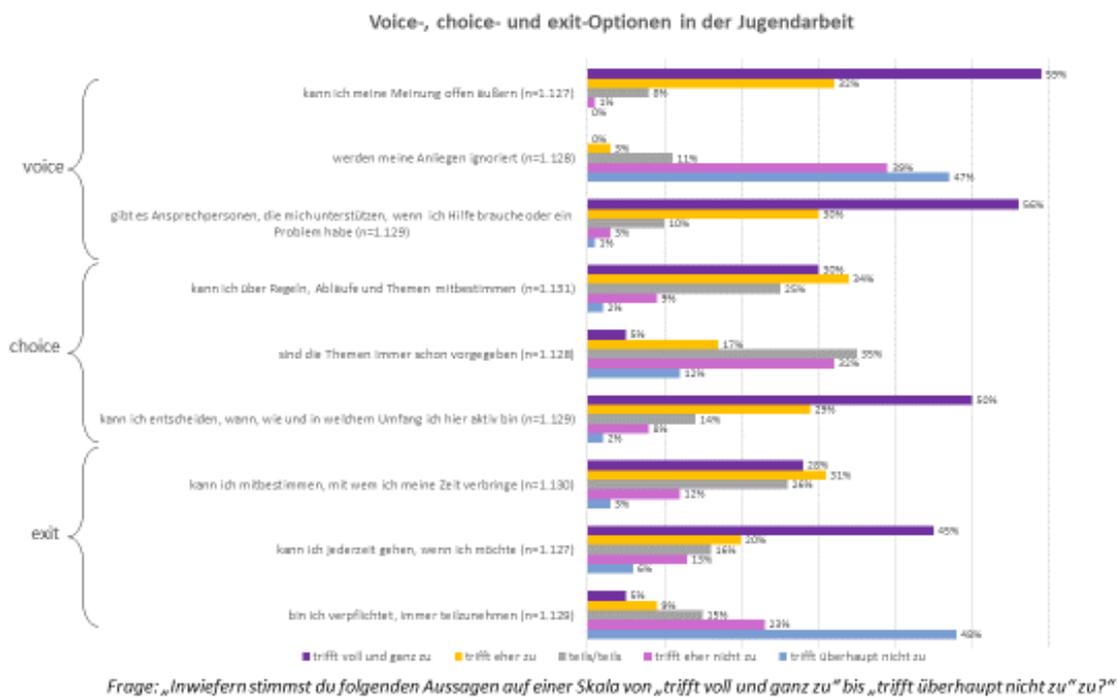
Darauf aufbauend gilt es, achtsame Infrastrukturen zu entwickeln, um diese höchstpersönlichen Rechte auch gegen die Organisation durchsetzen zu können. Die beiden Wissenschaftlerinnen führten hierzu aus:

- „Partizipation (ist) keine pädagogische Methode, sondern ein Grundrecht der jungen Menschen.
- Eine gute Infrastruktur erkennt man auch daran, dass sie Respekt, aber keine Angst vor Beschwerden hat.
- Rechte und Beteiligung müssen nicht pädagogisch hilfreich sein und auch ihre Effizienz nicht beweisen. Sie können stören und gegen das organisationale Interesse gehen (Rechte und Beteiligung erst einmal unpädagogisch denken).“

Dr. Rusack und Dr. Birke wiesen auf Machtgefälle und Abhängigkeiten in pädagogischen Organisationen hin, die strukturell und organisational bedingt sind. Sie empfehlen zur Reflexion dazu drei Leitlinien „Voice, Choice und Exit“, um die persönlichen Rechte zu schützen und zu stärken:

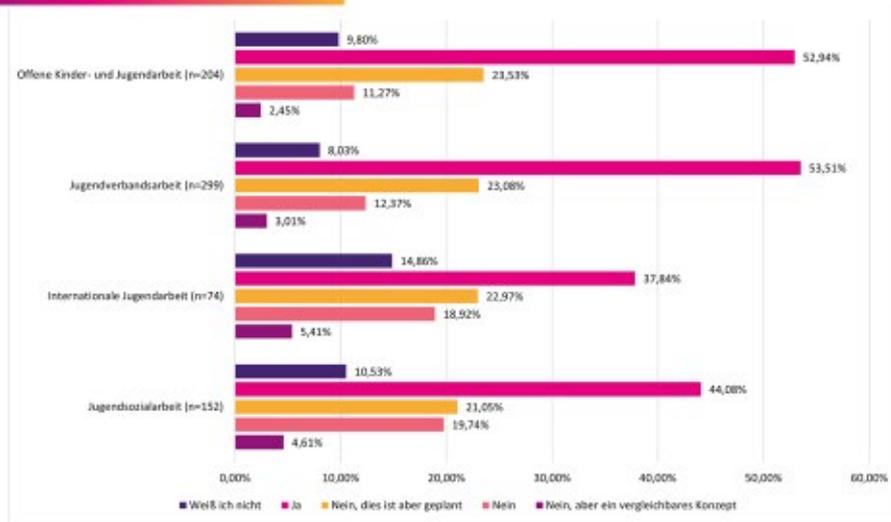
- „Voice meint, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine Stimme haben, um ihre Interessen deutlich zu machen, bspw., wenn sie sich in ihren höchstpersönlichen Rechten beschnitten bzw. verletzt sehen oder Veränderungswünsche und -vorschläge für ihre Einrichtung haben.
- Choice bedeutet, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stets die Wahl haben sollten, ob sie sich in einer Situation befinden möchten oder nicht.
- Exit bedeutet u. a., dass Kinder und Jugendliche immer die Möglichkeit haben, aus einer Situation auszusteigen.“

Im Anschluss wurden Zahlen und Daten im Hinblick auf Jugendliche (und Fachkräfte) zu den drei Leitlinien vorgestellt. Deutlich wurde, dass die „offene“ Jugendarbeit durch ihre Arbeitsprinzipien wie Offenheit, Partizipation und Selbstbestimmung einerseits beste pädagogische Voraussetzungen mit sich bringt, um Schutz von Kindern bzw. deren Resilienz zu ermöglichen und zu befördern. Andererseits wurde auch deutlich, dass trotz positiver Zahlen noch genügend „Luft nach oben“ ist:



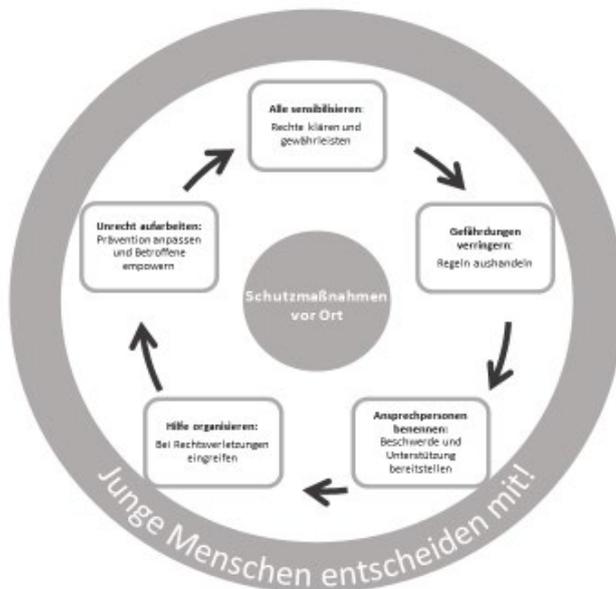
Ergebnis der befragten Jugendlichen

# Liegt in Ihrem Tätigkeitsfeld ein Schutzkonzept vor? - Feldvergleich



Befragung der Haupt- und Ehrenamtlichen bezüglich dem Vorliegen eines Schutzkonzeptes

Das anschließende Schaubild aus dem Vortrag visualisiert den idealtypischen (Entwicklungs-)Prozess von Schutzkonzepten in Organisationen:



## Schutzkonzepte in Organisationen...

...erhöhen die Achtsamkeit für die höchstpersönlichen Rechte von Kindern und Jugendlichen (Wolff et al. 2017)

...sind andauernde und kontinuierliche Reflexionsprozesse zur Sicherstellung höchstpersönlicher Rechte („voice, choice, exit“) von jungen Menschen (\*in Anlehnung an: Hirschmann, I. O. 1970).

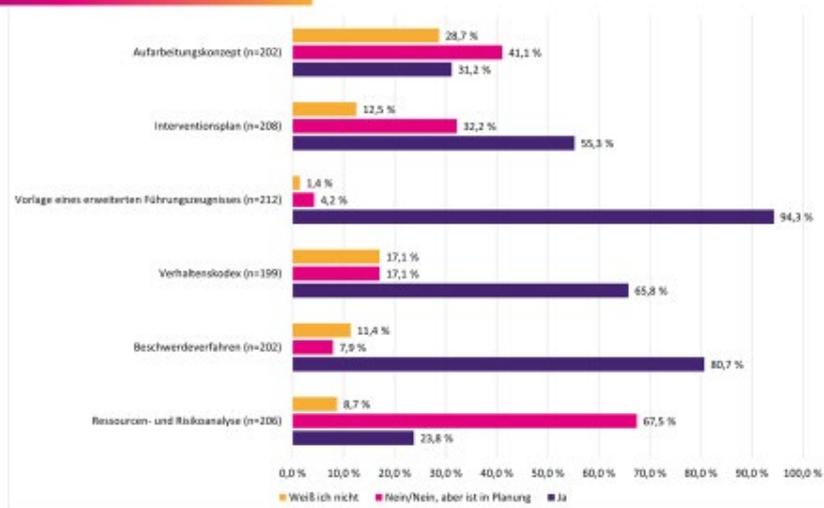
...als verbindliche überschaubare Verschriftlichung konkreter Verfahren sowie Verantwortlichkeiten, die alle Akteur\*innen in der Organisation kennen und anwenden.

Das heißt, es geht nicht nur um ein Konzept, sondern genau genommen um alltägliche Schutzprozesse (Schröer/Wolff 2018).

## Schutzkonzepte in Organisationen

Diese Entwicklung wird in der Regel durch die Leitung, also top down initiiert. Kinder, Jugendliche und Hauptamtliche werden in den Prozess mit einbezogen (bottom up).

## Welche Verfahren werden im Rahmen von Schutzkonzepten umgesetzt?



Verfahren im Rahmen von Schutzkonzepten

Mit dieser Folie fragten die Referentinnen nach den „gelebten“ Verfahren im Rahmen der Schutzkonzepte. Während das erweiterte Führungszeugnis überwiegend eingefordert wird, kann von einer systematischen Aufarbeitung in dem Maße nicht ausgegangen werden. „Zum Teil wird nicht gesehen, dass die Aufarbeitung von Vorfällen ein wichtiger Beitrag ist, um sich als Organisation gut aufzustellen und die Betroffenen zu empowern“, so Dr. Rusack (siehe auch obiges Kreislaufdiagramm). Zum Abschluss des Vortrags wurden einzelne Bestandteile eines Schutzkonzeptes und deren operative Vielfalt beleuchtet, insbesondere das Beschwerdeverfahren.

Nach diesem ausführlichen Rundumschlag war der Boden für interessengeleitete Vertiefungen in den daran anknüpfenden drei Workshops bereitet.

### 1. Jugendliche als Ansprechpersonen bei sexuellen Gewalterfahrungen

Ausgehend von der eingangs benannten, gewollten oder ungewollten Expertise von Jugendlichen (90 Prozent der Gewalt findet unter Jugendlichen statt), sensibilisierte Regine Derr vom Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI) die Workshopteilnehmenden u. a. für Disclosure-Prozesse. Damit sind Prozesse gemeint, in denen es um das Erinnern, Einordnen und Sprechen über sexualisierte Gewalt geht. Kurz, das Aufdecken beziehungsweise Offenlegen einer (individuellen) sexualisierten Gewalterfahrung. Disclosure-Prozessen, und damit auch den eigenen Wahrnehmungen und Gefühlen zu vertrauen, ist ein wichtiger Bestandteil in der Auseinandersetzung, um den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass sich viele Jugendliche nicht einem Erwachsenen, sondern unter dem Siegel der Verschwiegenheit einer Freundin bzw. einem Freund anvertrauen. Dies stellt für diese Personen eine nicht unerhebliche Belastung dar. Fachkräfte sollten deshalb auch hier sensibel zuhören und Signale geben, dass sie unterstützen können.

## **2. Beschwerdeverfahren beteiligungsorientiert entwickeln und leben**

Marion Moos vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism) stellte das „achtsame Miteinander“ in den Fokus. Hierbei gehe es um die Sensibilisierung darüber, was in Ordnung sei und was nicht. Dies gelte für die Jugendlichen, aber natürlich auch für die Fachkräfte, die eine Vorbildfunktion haben. Ist diese Voraussetzung einer gelungenen Sensibilisierung gegeben, sei darüber hinaus eine Kultur des Dialogs und der Fehlerfreundlichkeit wichtig.

Beteiligung, hier als pädagogisches Arbeitsprinzip verstanden, und Beschwerde gehören zusammen. Dabei steht der Ausgleich des Machtüberhangs von Erwachsenen gegenüber Jugendlichen sowie die Aufklärung über Beteiligungsrechte, Beschwerdemöglichkeiten und -verfahren im Mittelpunkt. Jugendliche müssen zur Beteiligung und Beschwerde befähigt werden. Sie müssen erleben, dass die Fachkräfte ihnen zuhören, ihre Anliegen ernst nehmen und sich ernsthaft darum kümmern. Passiert dies nicht, leidet das Vertrauen.

## **3. Schutzkonzepte: Das Jugendamt zwischen Verantwortung, Empfehlung und Umsetzung**

„Ein Kind kann sich nicht alleine schützen“, so Stefan Freck von der Beratungsstelle Fj-Prävention. Zur Verdeutlichung führte er aus, dass im Jahre 2018 wegen Missbrauchs 14.410 Fälle angeklagt, davon 1.716 verurteilt wurden und nur in 412 Fällen eine Freiheitsstrafe von über zwei Jahren ausgesprochen wurde. Es ist davon auszugehen, dass nur 5 Prozent der Fälle überhaupt zur Anzeige gebracht werden. Es gehe darum, dass die Träger passgenaue Schutzkonzepte für ihre Einrichtungen entwickeln, welche zu den drei Themenkomplexen 1. Intentionen des § 8a SGB VIII, 2. Peergewalt und 3. institutionelle Gewalt passende Antworten finden.

### **Fazit**

Bei der ausgebuchten Tagung wurden die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Teilnehmenden deutlich. Die einen bekamen Antworten auf Fragen, die sie noch nie gestellt hatten, Stichwort: wenig Vorkenntnisse. Die anderen suchten nach Antworten, die sie sich nur selbst geben können, Stichwort: passgenaue Konzepte. Insgesamt war es eine fundierte Fachtagung, die inhaltlich umfassend, kompakt und sehr kompetent Unterstützung bei der Aufgabe gab, Schutzkonzepte in der (offenen) Jugendarbeit zu entwickeln. Jetzt liegt es an den Fachkräften, diese Schutzkonzepte (weiter) zu entwickeln.

Rudi Neu | Telefon 06131 967-263 | [Neu.Rudi@lsjv.rlp.de](mailto:Neu.Rudi@lsjv.rlp.de)



wollen sie gut und gemeinsam gestalten“, so Claudia Porr in ihrem Abschlussstatement.

Im ersten Vortrag des Tages „Mit den Verfahrenslotsen auf dem Weg zur inklusiven Lösung – wie gelingt das ‚Lotsen‘ zwischen den Schnittstellen?“ machte Friederike Eilers, freiberufliche Referentin aus Niedersachsen deutlich, „dass die Diskussion über die eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe bereits seit den 60er Jahren geführt wird“.

Mit Blick auf die zweite Reformstufe des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) und der Einführung des Verfahrenslotsens zum 1. Januar 2024 bedauerte Eilers, dass mögliche Perspektiven für die Verfahrenslotsen über den 1. Januar 2028 hinaus bislang lediglich im Koalitionsvertrag stehen. Klarheit hierzu würden die Akquise und die Weiterentwicklung der Profile für die neuen Verfahrenslotsinnen und -lotsen deutlich einfacher machen.

Die zukünftigen Aufgaben der Verfahrenslotsinnen und -lotsen seien sehr anspruchsvoll und ein Verfahrenslotse bzw. eine Verfahrenslotsin müsste eigentlich eine „eierlegende Wollmilchsau“ sein, so Eilers.

#### Einzelfallebene § 10b Abs. 1

- Anspruch auf Unterstützung und Begleitung
- bei der Antragstellung, Verfolgung und Wahrnehmung
- Verwirklichung von Ansprüchen
- Inanspruchnahme von Rechten hinwirken
- unabhängige Unterstützung

#### Strukturelle Ebene § 10b Abs. 2

- Unterstützung des örtl. Trägers der Jugendhilfe bei der Zusammenführung der Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen in dessen Zuständigkeit
- Berichtspflicht: über Erfahrungen der strukturellen Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, insbesondere mit anderen Rehabilitationsträgern.

Ausschnitt aus der Präsentation

Vor der Einführung der Verfahrenslotsinnen und -lotsen sind noch viele Fragen offen, z. B.: Wieviel Zeit brauchen diese für die Aufgabe? Wie können auf Einzelfallebene gute Ablaufprozesse abgebildet werden? Wo könnten Verfahrenslotsinnen und -lotsen verortet werden? Gibt es eine Personalunion bzgl. der Aufgaben (Einzelfallebene und strukturelle Ebene) oder werden die Aufgaben getrennt?

Hierzu verwies Friederike Eilers auf hilfreiche Unterlagen, die bei der Umsetzung des Verfahrenslotsens unterstützen können. „Es wäre schön, wenn sich auch heute schon jeder Sachbearbeiter als Verfahrenslotse verstehen würde“ beendete Eilers ihren Vortrag. Die Links zu den Unterlagen finden Sie am Ende des Artikels.

„Was die inklusive Kinder- und Jugendhilfe sein wird, [...] werden wir gemeinsam aushandeln müssen“, so lautete der Einstieg von Prof. Dr. Albrecht Rohrmann von der Universität Siegen in seinen Vortrag „Eine Herausforderung für die Planung individueller Hilfen: Junge Menschen mit Behinderung entsprechend ihrem Entwicklungsstand beteiligen.“

Statt einer universellen Lösung zur Gestaltung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe könne er einige Anregungen zum besseren Verständnis der zwei Systeme und zum Umgang mit der Zielgruppe geben. Man müsse sich bewusstmachen, dass die Entwicklung der jeweiligen Systeme nicht parallel voranschreiten, da das Bundesteilhabegesetz und das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz nicht zeitgleich auf den Weg

gebracht wurden. Dies könne jedoch nicht zum Nachteil für Kinder- und Jugendliche mit Behinderung werden. Denn, so Rohrmann, Behinderung sei kein individuelles Problem einzelner Betroffener, sondern vielmehr ein Problem, welches durch die Wechselwirkung zwischen dem einzelnen Menschen und der Umwelt geschaffen werde. Dabei betonte er die Bedeutung der Beteiligung junger Menschen mit Behinderungen bei der Planung ihrer individuellen Hilfen, um genau diese Wechselwirkungen herauszufinden. Er erläuterte, dass dies nicht nur aus rechtlicher Perspektive, wie durch § 8 SGB VIII vorgegeben, sondern auch aus pädagogischer Sicht relevant sei. Eine Beteiligung ermögliche es den Kindern und Jugendlichen, ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse aktiv in den Planungsprozess einzubringen und somit ihre Selbstbestimmung und Teilhabe zu stärken. Zudem könne durch eine (Ko-)Produktion von Hilfen die Wirksamkeit der Unterstützung erhöht werden, da die Expertise der betroffenen Person mit einbezogen werde. Professionelles Handeln findet unter Bedingungen der Unsicherheit statt, da die individuellen Bedürfnisse und Entwicklungsstände der betroffenen Person oft komplex und nicht immer eindeutig zu erfassen sind. Daher sei es umso wichtiger, dass eine Beteiligung der betroffenen Person auf einer verständlichen und nachvollziehbaren Basis stattfindet, um ein gemeinsames Verständnis und eine erfolgreiche Umsetzung der individuellen Hilfen zu gewährleisten.

### **Kommunale Gestaltungsspielräume nutzen**

Rohrmann appellierte an die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen, die auch heute schon genutzt werden können, und verwies auf die frühzeitige Ansiedelung der Eingliederungshilfe für Kinder- und Jugendliche im Jugendamt; auch schon vor 2028. Hierfür sei es notwendig, dass Träger der Jugendhilfe an dem Gesamtplanverfahren der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche beratend teilnehmen und inklusive Beratung und Planung ermöglicht werde. Zudem sollte die Hilfeplanung immer lebenswelt- und personenzentriert angelegt sein und Verständlichkeit sowie Partizipation in den Fokus stellen. Kommunale Gestaltungsspielräume sollten genutzt werden, um inklusive Verfahren zu entwickeln und zu erproben. Dabei sollten auch standardisierte Arbeitsmittel wie § 13 SGB IX keine Angst machen, sondern zur einheitlichen und überprüfbaren Ermittlung des individuellen Rehabilitationsbedarfs verwendet werden.

Ergänzend dazu müsse der Übergang vom System der Kinder- und Jugendhilfe in die Eingliederungshilfe für Erwachsene auch heute schon ausgestaltet und erprobt werden.

### **Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschten sich in Impulsforen mit Expertinnen und Experten aus**

Wie diese Gestaltung des Übergangs konkret aussehen kann, wurde am Nachmittag in einem von sieben Impulsforen vorgestellt und diskutiert. Alle Foren waren mit Expertinnen und Experten besetzt, die zu den Themen

- Inklusiver Kinderschutz,
- Inklusive Wohnprojekte,

- Inklusive Bedarfsermittlung,
- Inklusiver Sozialraum,
- Inklusive Verwaltung,
- Etablierte Verfahrenslotsen und
- Gelingendes Übergangsmanagement

einen kurzen Input gaben, um anschließend Diskussionsrunden zu öffnen. Hier galt es, die konkreten Stimmen aus der Praxis zu Wort kommen zu lassen, wie aus der Sicht aller Beteiligten eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe bestmöglich umgesetzt werden kann.

### **Arbeitsgruppe und Expertenhearings – Strategien zur Umsetzung in Rheinland-Pfalz**

Jugendministerin Katharina Binz informierte in ihrem Impuls darüber, dass das Land Rheinland-Pfalz sich auf die Umsetzung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe gut vorbereitet. Perspektivisch werden etwa 8.000 junge Menschen aus der Eingliederungshilfe in die Jugendhilfe wechseln. Auf Landesebene tagt regelmäßig eine Arbeitsgruppe, die zu Fragen der landesspezifischen Gestaltung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe arbeitet. Darüber hinaus werden Expertenanhörungen zu spezifischen Fragestellungen organisiert. Die Unterstützung der Jugendämter bei der Verwaltungsstrukturreform, einschließlich der Einführung des Verfahrenslotsens und des Kompetenzaufbaus durch Qualifizierungsangebote für die Fachkräfte in den Jugendämtern, sei ein Schwerpunkt der Landesstrategie.

Zuletzt betonte Ministerin Binz, dass die inklusive Kinder- und Jugendhilfe ein wichtiger Schritt in Richtung einer inklusiven Gesellschaft sei. Es gehe darum, die Vielfalt und Verschiedenheit in der Gesellschaft zu akzeptieren und zu fördern. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollten die gleichen Chancen haben wie alle anderen Kinder und Jugendlichen auch. Die inklusive Kinder- und Jugendhilfe trage dazu bei, dass sie diese Chancen tatsächlich auch bekommen.

### **Abschlusspodium zeigte breites Spektrum an Sichtweisen**

Der Fachtag endete mit einem Podiumsgespräch aller Expertinnen und Experten der Foren sowie Claudia Porr und Joachim Speicher. Ausgewählte „O-Töne“ geben einen kleinen Einblick in die Diskussion und die durchaus unterschiedlichen Betrachtungsweisen der Beteiligten:

„Junge Menschen mit Behinderung waren heute gar nicht da.“ (Stefan Möllene, Leiter Jugendamt Fulda)

„Eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe braucht auch Offenheit bei den Mitarbeitenden.“ (Matthias Kohrt, Stiftung Nieder-Ramstädter Diakonie)

„Wir haben große Sorgen, dass die bundesgesetzliche Regelung noch länger auf sich warten lässt.“ (Denise Hartmann-Mohr, Leiterin Jugendamt Germersheim)

„Die Schwierigkeiten zwischen den beiden Systemen müssen überwunden werden, wenn man inklusive Angebote schaffen will.“ (Claudia Völcker, Diakonissen Speyer)

Mit einer ermutigenden Aussage von Professor Rohrman und seinem Blick aus Nordrhein-Westfalen endete der Fachtag: „... in Rheinland-Pfalz gibt es eine wirklich gute Ausgangslage für eine weitere inklusive Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe.“

Weiterführende Links:

- Empfehlungen der BAGLJÄ [http://www.bagljae.de/assets/downloads/5b362538/157\\_empfehlung-verfahrenslotse\\_final.pdf](http://www.bagljae.de/assets/downloads/5b362538/157_empfehlung-verfahrenslotse_final.pdf)
- Positionspapier des DiJuF [https://dijuf.de/fileadmin/Redaktion/Handlungsfelder/KJSG/Positionspapier\\_Verfahrenslotse\\_2022-09-14.pdf](https://dijuf.de/fileadmin/Redaktion/Handlungsfelder/KJSG/Positionspapier_Verfahrenslotse_2022-09-14.pdf)
- Impulspapier des AFET e. V. [https://afet-ev.de/assets/afet-impulspapiere/10\\_Verfahrenslotsen\\_Eilers-\(AFET-Impulspapier\).pdf](https://afet-ev.de/assets/afet-impulspapiere/10_Verfahrenslotsen_Eilers-(AFET-Impulspapier).pdf)
- Niedersächsisches Netzwerk Verfahrenslotse <https://www.ib-niedersachsen.de/display/IW/Netzwerk+Verfahrenslotse>

Susanne Hübel | Telefon 06131 967-414 | [Huebel.Susanne@lsjv.rlp.de](mailto:Huebel.Susanne@lsjv.rlp.de)

Heidi Steffl | Telefon 06131 967-527 | [Steffl.Heidemarie@lsjv.rlp.de](mailto:Steffl.Heidemarie@lsjv.rlp.de)

## Landesdemokratiekonferenz am 25. April 2023 in Kusel

Die Kampagne „Es beginnt mit dir.“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ blickt auf die vielen verschiedenen Möglichkeiten, sich (gesellschaftlich) einzubringen und positive Spuren zu hinterlassen. Gemeinsam hatte sich die erste Landesdemokratiekonferenz 2023 des Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung mit der Bedeutung von Vielfalt in unserer Gesellschaft beschäftigt und trat für ein inklusives Miteinander ein. Die Teilnehmenden diskutierten zu unterschiedlichen Themenfeldern, die für die Arbeit für Demokratie und Vielfalt eine große Rolle spielen, insbesondere über neueste Entwicklungen, Herausforderungen für die Demokratie und ein vielfältiges Miteinander.

Nachdem Otto Rubly, Landrat des Landkreises Kusel, die Landesdemokratiekonferenz eröffnete, startete Adiam Zerisenai (Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e. V.) mit ihrem inspirierenden Vortrag „Was ist Vielfalt? Warum müssen wir in der Antidiskriminierungsarbeit mit Vielfaltskategorien arbeiten?“ die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Vielfalt gestalten!“. Sie führte multiperspektivisch in das Thema ein und bezog sich dabei sowohl auf wissenschaftliche Erkenntnisse (u. a. aus dem Afrozensus 2020) wie auch auf Forderungen und Bedarfe der Schwarzen Community in Deutschland. Hierbei verwies Adiam Zerisenai insbesondere auf die Anerkennung von Anti-Schwarzem Rassismus als Menschenrechtsverletzung sowie das Erfordernis unabhängiger Beschwerdestellen. Als zentrale Gegenstrategie benannte sie das Konzept des „Powersharing“, durch welches strukturelle Probleme durch strukturelle Lösungen dechiffriert werden sollen und Privilegien auf Basis gesellschaftlicher Ungleichheit (z. B. helle Hautfarbe, hohes Einkommen oder Geschlecht) aufgehoben werden.

Anschließend nahmen Joachim Schulte (QueerNet RLP | LSVD RLP), Anette Diehl (Frauennotruf Mainz e. V. | LAG autonomer Frauennotrufe in RLP), Gifty Amo Antwi (Kartoffelpuffer vs. Rassismus) und Nadine Al-Khafagi (CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit), die im weiteren Verlauf die Kleingruppen moderierten, sowie die Referentin Adiam Zerisenai an einem Podiumsgespräch teil. Zu den Fragestellungen rund um Möglichkeiten der Vielfaltgestaltung, Herausforderungen im Engagement sowie spezifischen Potenzialen für Rheinland-Pfalz tauschten sich die Teilnehmenden angeregt aus.

Nachmittags konnten die Teilnehmenden die Auseinandersetzung mit dem Thema „Vielfalt gestalten!“ in jeweils 30-minütigen Workshops an moderierten Gruppentischen vertiefen. Drei Durchgänge ermöglichten ihnen, sich zu unterschiedlichen Perspektiven auf eine vielfältige und inklusive Gesellschaft auszutauschen und zu vernetzen. Die Auswahl der Themen reichte von Homosexuellen- und Trans\*feindlichkeit, über Gewalt gegen Frauen und Misogynie, Anti-Schwarzem Rassismus bis hin zu antimuslimischem Rassismus. Die Vorstellung der Ergebnisse und Diskurslinien aus den Workshops im Plenum rundete die Veranstaltung ab und alle konnten neue Ideen und Impulse für ihre Arbeit mitnehmen.

Demokratiezentrum RLP | Telefon 06131 967-167 | [demokratiezentrum@lsjv.rlp.de](mailto:demokratiezentrum@lsjv.rlp.de)

## Fachtag für „Insoweit erfahrene Fachkräfte“

### Elterliche Traumafolgestörungen und kindliches Bindungsverhalten – Beobachtungen und Ansätze in der Gefährdungseinschätzung

„Ich freue mich, dass dieser wichtige Fachtag nach 2014 wieder in Ludwigshafen stattfindet“, begrüßte Lars Heene, der Leiter des Ludwigshafener Jugendamtes, zum mittlerweile 9. Fachtag für „Insoweit erfahrene Fachkräfte“ (InsoFas) am 10. Mai 2023. Heene wies auf die immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen im Kinderschutz und die in Ludwigshafen steigenden Meldungen zu Kindeswohlgefährdungen hin. Er betonte, „... dass gerade die Arbeit der „InsoFas“ dazu beiträgt, dass aus dem Bereich Kita, Schule und Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung insgesamt weniger Meldungen kommen, als beispielsweise von den Ordnungsbehörden.“

Der erste Fachvortrag von Dr. med. Yonca Izat, Chefärztin der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, -psychotherapie und -psychosomatik in Berlin beschäftigte sich mit der Frage, wie Auffälligkeiten im kindlichen Verhalten vor dem Hintergrund des Wissens um Traumafolgestörungen und deren Auswirkungen auf den Bindungsaufbau verstanden werden können. Dr. med. Yonca Izat



Izat arbeitet seit Jahren eng mit dem Universitätsklinikum Ulm und Prof. Dr. Ute Ziegenhain zusammen, insbesondere zu den Themen sichere Bindung und dem Konzept von Feinfühligkeit. Ausgehend von der Bedeutung der sicheren Bindung zeigte Izat mit vielen Fallbeispielen aus ihrer klinischen Tätigkeit, wie die Entwicklung des Bindungssystems über die Erfahrungen mit engen Bezugspersonen entsteht und in verschiedenen Bindungstypen (sicher, unsicher, desorganisiert) mündet.

Besonders bedeutsam beim Aufbau einer sicheren Bindung mit dem Kind sei die Feinfühligkeit der Bezugsperson. Aber auch eine gute Mentalisierungsfähigkeit, d. h. sich selbst von außen und den anderen von innen betrachten zu können, beeinflusse den Bindungsaufbau positiv. Izat berichtete von einer Mutter mit Borderlineerkrankung, die das kindliche Spiel „Schnuller auf den Boden werfen“ nur als gegen sie selbst gerichtet deuten konnte. „Dieser Mutter fehlt die Fähigkeit, die innere Welt des Kindes mit seinen Emotionen und Motiven zu lesen“, so Izat.

Kinder entwickeln im Laufe ihrer Kindheit ein „inneres Arbeitsmodell“. In sicheren Eltern-Kind-Beziehungen sind sie davon überzeugt, dass sie getröstet werden, dass Mutter oder Vater für sie da sind. In Familien mit Eltern mit Traumafolgestörungen empfinden sich Kinder häufig als Belastung („Ich bin schuld, wegen mir kann die Mama nicht zur Arbeit gehen...“), da die Feinfühligkeit und die Mentalisierungskompetenz der traumatisierten Bezugsperson massiv eingeschränkt ist. Diese Kinder können auch in ihrem späteren Leben oftmals nicht glauben, dass ihnen Erwachsene helfen könnten.

## Was passiert bei einer posttraumatischen Belastungsstörung in der Beziehung mit dem Kind?

Bezugspersonen mit posttraumatischen Belastungsstörungen zeigen erhebliche Schwierigkeiten im sozialen Kontakt.

Schwierigkeiten der Emotionsregulation	(1) erhöhte Reizbarkeit und Wut oder (2) verminderte emotionale Schwingungsfähigkeit
verändertes Selbstbild	(1) anhaltendes negatives Selbstbild, das dazu führt, dass die Person sich als beschädigt oder wertlos wahrnimmt oder (2) tiefgreifende und anhaltende Gefühle von Scham, Schuld und Versagen
interpersonelle Schwierigkeiten	anhaltende Schwierigkeiten (1) Beziehungen aufrechtzuerhalten oder (2) sich anderen nahe zu fühlen

Auszug aus der Präsentation von Dr. med. Yonca Izat

Mit beeindruckenden Videosequenzen aus der klinischen Arbeit mit traumatisierten Patientinnen zeigte Izat, wie schnell sich Mütter in der Interaktion mit ihrem Kind gestresst, angespannt, dissoziiert und gefühlstaub fühlen. Für die eigene Regulation wird eine so große Energie benötigt, dass das Kind nicht mehr im Blick ist. Es ist den Bezugspersonen nicht möglich, das Kind ausreichend bei der Emotionsregulation zu unterstützen und somit negative Affekte beim Kind insgesamt zu vermeiden.

### Abklärung in Bezug auf den Kinderschutz

Im letzten Teil ihres Vortrags gab Izat Hinweise zur Abklärung des Kinderschutzes. Entscheidend sei aus ihrer Sicht die genaue Beobachtung des Kindes in der Interaktion mit der Bezugsperson. „Schauen Sie hin, ob es Stresszeichen gibt, ob es zu Abwertungen durch die Bezugsperson kommt oder vermeintlich lustige Drohungen ausgesprochen werden, wie z. B. ich krieg dich auch mit sechs noch in die Babyklappe“, so Izat. In Gesprächen mit der Bezugsperson sei es entscheidend, diese Beobachtungen anzusprechen und entsprechende Hilfsangebote darzustellen.

Die Arbeit mit traumatisierten Bezugspersonen ist langwierig und herausfordernd und erfordert gestufte Hilfen, da die Verläufe häufig sehr schwankend sind. Es helfe immer, das sichere Umfeld der Bezugsperson zu thematisieren und die Feinfühligkeit und Mentalisierungsfähigkeit zu verbessern (z. B. mit der „Entwicklungspsychologischen Beratung und Therapie für Familien mit Kindern von vier bis zehn Jahren“, entwickelt von der Universitätsklinik Ulm). Ebenfalls hilfreich sei die Psychotherapie und ggf. auch eine Familientherapie.

### Im Kontakt zu Familien mit Traumatisierungen – Was Fachkräfte in der Arbeitsbeziehung sehen und in der Fachberatung brauchen

„Sich sicher fühlen zu können, in sich und mit anderen Menschen Gefahren erkennen, damit umgehen können und diese von Sicherem zu unterscheiden, vertrauensvoll-neugierig in der Welt zu stehen und Kindern als Modell für solches zu sein, all das bedeutet es, psychisch gesund zu sein“, so Jessica Kuehn-Velten in ihrer Einführung.

Kuehn-Velten war viele Jahre für die Kinderschutzzentren aktiv und berät nach wie vor selbst Fachkräfte im Raum Düsseldorf als InSoFa.

Aus ihrer Sicht brauche es einen stärkeren Fokus auf die Folgen von emotionaler Gewalt gegenüber Kindern, da sich hier eine hohe Übereinstimmung zwischen psychischen Erkrankungen der Eltern und einer emotionalen Vernachlässigung der Kinder zeige. Wichtig sei jedoch, eine psychische Belastung eines Elternteils nicht per se als eine Kindeswohlgefährdung anzusehen und sich von einer psychischen Belastung oder Erkrankung in der Zusammenarbeit nicht verunsichern zu lassen.

Jessika Kuehn-Velten



Eine offene Kommunikation mit den Eltern ist unbedingt erforderlich, um die Vermutungen und Phantasie der Fachkräfte von der Lebenswirklichkeit der Eltern abgrenzen zu können. Wichtig ist es, ein Gefühl dafür zu bekommen, ob lediglich eine Krankheitseinsicht oder auch eine Verhaltenseinsicht vorliegt, um eine positive Arbeitsbeziehung gestalten zu können.

**„Ein Trauma ist noch keine Traumafolgestörung und nicht jedes Trauma muss traumatisierend sein!“ (J. Kuehn-Velten)**

Zur Frage, wie sich die Auswirkungen eines Traumas zeigen können, wies die Referentin auf die veränderten Stressbewältigungssysteme (zu viel und zu wenig fühlen) und die damit einhergehenden, für Außenstehende sichtbaren Verhaltensweisen hin. Hierbei handele es sich häufig genau um jene Verhaltensweisen, die es den Fachkräften in ihrem beruflichen Alltag erschweren, eine positive Arbeitsbeziehung zu gestalten.

Für Fachkräfte sei es wichtig, gesunde Reaktionen auf „ver-rückte“ Erfahrungen zu zeigen, zumal die Arbeitsbeziehung oftmals von starken emotionalen Ambivalenzen wie Mitgefühl, Ungeduld und Ärger, Schuldempfinden und Scham gegenüber traumatisierten Menschen geprägt sein kann. Für eine professionelle Arbeitsbeziehung brauche es zudem die Fähigkeit, sich selbst und die eigene Geschichte zu reflektieren und die eigenen Bindungsmuster zu erkennen, damit eine professionelle Trennung vom Fall gelingen könne.

Im Zuge der Zusammenarbeit zwischen Fachkräften und psychisch belasteten Familien wies Kuehn-Velten darauf hin, dass „... Ängste, Gefühle und Mechanismen, die durch das Thema Kindeswohlgefährdungseinschätzung getriggert werden, die Grundlage für die ja fast immer bestehenden Ängste im Kontakt mit Kinderschutzverfahren sind.“ Im Kontakt mit traumatisierten Eltern komme es vor allem auf eine angemessene Kommunikation an, denn es bestehe immer die Gefahr, dass unbewusst ein Trigger bedient werde und dies die Arbeitsbeziehung negativ beeinflusst. Besteht eine positive und offene Kommunikation, so könne darüber vorab gesprochen und gemein-



## 18. Landeskonzferenz Heimerziehung

### Alltag in der Heimerziehung – 24/7 ein Zuhause gestalten

Seit rund 20 Jahren findet die Landeskonzferenz Heimerziehung als Kooperationsveranstaltung des zuständigen Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration, der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz und dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) statt. Ziel ist es, alltägliche Fragestellungen und Problemkonstellationen aus dem Heimaltag aufzugreifen, zu besprechen und Impulse für eine fachliche Weiterentwicklung in den Einrichtungen zu setzen.

Nun also die Beschäftigung mit dem Alltag als solchen. Aus den rückblickenden Berichten junger Menschen, die eine Zeit ihres Lebens im Heim verbracht haben, wissen wir, dass sie vor allem Alltagserfahrungen erinnern, die „anderen 23 Stunden“ und weniger die „konzeptionellen Highlights“.

Ein guter Grund, sich mit dem Alltag in der Heimerziehung zu beschäftigen. Doch schon Dr. Mike Seckinger vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) führte in seinem Vortrag „Alltag im Heim – vom Umgang mit widersprüchlichen Anforderungen und Spannungsfeldern“ vor Augen wie schwierig es sei, eine allgemeingültige Definition dessen zu finden, was unter Alltag – insbesondere unter einem Alltag in einer Wohngruppe – zu verstehen ist. Er verwies auf die Diskrepanz zwischen den Erwartungen der jungen Menschen an private Räume und dem beruflichen Anspruch und Selbstverständnis der Mitarbeitenden.

Sein Fazit: „Das Ambivalente und Widersprüchliche ist von der Heimerziehung nicht fernzuhalten. Die Etablierung eines Alltags, der den Anforderungen an das Aufwachsen junger Menschen gerecht werden kann, wird geprägt sein von der Auseinandersetzung mit Widersprüchlichkeiten, denn erst diese ermöglichen es, Alltagspraktiken zu entwickeln, die geeignet sind, Möglichkeitsräume zu eröffnen und Weltaneignung zu ermöglichen. Eine Praxis, die versucht Eindeutigkeit herzustellen, wo es keine gibt, lässt sich – so meine These – nicht als sozialpädagogische Praxis im Sinne der Kinder- und Jugendhilfe verstehen.“

Prof. Dr. Michael Behnisch von der Frankfurt University of Applied Sciences widmete seinen Vortrag dem Thema „Essen in der Heimerziehung: Alltagshandeln zwischen Banalität und Professionalität“. Anhand des Forschungsprojektes „Essen in der Heimerziehung“, das von ihm sowie von seinen Kolleginnen Nora Adio-Zimmermann und Lotte Rose durchgeführt wurde sowie dem gemeinsamen Forschungsprojekt „Essenspraktiken Jugendlicher in stationären Erziehungshilfen“ der Universitäten Hildesheim, Siegen und Halle-Wittenberg zeigte er, dass der Umgang mit Essen wie ein Brennglas den pädagogischen Alltag zwischen Banalität und professioneller Leitfigur offenbart.



#### 18. LANDESKONFERENZ HEIMERZIEHUNG

Alltag in der Heimerziehung –  
24/7 gemeinsam ein Zuhause gestalten



Titelbild des Flyers

Sein Fazit: „Ein guter Alltag schützt körperliche Integrität, wendet gleichwürdige Sprache an, ermöglicht Offenheit in alltagskulturellen Deutungen, nutzt Bildungsgelegenheiten im täglichen Handeln, gesteht Differenzen zu, bemüht sich um das Verstehen von Alltagsszenen, fördert sowohl situativ als auch strukturell Teilhabe, folgt dem Ziel der Selbstwirksamkeit und braucht die notwendigen institutionellen Bedingungen.“

Dr. Tanja Rusack vom Institut für Sozial- und Organisationspädagogik an der Universität Hildesheim betonte „das Recht auf digitale Teilhabe für Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung“. In ihrem Vortrag wertete sie zentrale Ergebnisse verschiedener Studien (JIM-, KIM- und miniKIM sowie DigiPäd24/7) aus. Demzufolge werden Kinder und Jugendliche in den stationären Hilfen zur Erziehung in ihren Möglichkeiten zur digitalen Teilhabe stark eingeschränkt. So sei beispielsweise eine selbstbestimmte Teilhabe nicht möglich, die medialen Handlungsmöglichkeiten teilweise sehr stark eingeschränkt, das Medienhandeln sowohl auf der zeitlichen als auch der räumlichen Ebene reguliert und oftmals fehlten Internetverbindungen und eigene Endgeräte. Gleichzeitig würden die Regeln und Zugangsbeschränkungen unklar kommuniziert, womit sich den Kindern und Jugendlichen deren Sinnhaftigkeit nicht erschließe. Dies führe dazu, dass diese Regeln als grenzüberschreitend, unangemessen und nicht gerechtfertigt wahrgenommen werden. Die Mitarbeitenden scheinen wenig Vertrauen in das Medienhandeln und die Selbstregulierungskompetenz der jungen Menschen zu haben. Unter dem Strich fehle die Transparenz, aus welchen Überlegungen heraus eine Organisation das Thema Digitalität regelt.

Auf der anderen Seite erlebten Kinder und Jugendliche Digitalität auch als überfordernd. Schlagworte hierzu sind die digital-entgrenzte Kommunikation und die Forderung nach permanenter Erreichbarkeit. Hinzu kommt das komplexe Thema der Cyber-Kriminalität, denen Kinder und Jugendliche oftmals hilflos ausgeliefert sind.

Dr. Rusack legte den Fachkräften abschließend ans Herz, medienpädagogische Konzepte zu etablieren und an deren Entwicklung alle Organisationsmitglieder zu beteiligen, einschließlich der Adressatinnen und Adressaten. Hierzu gab sie Impulse, welche Themen und Aspekte zu beachten seien, um „das Recht auf eine altersgerechte und diskriminierungsfreie soziale Teilhabe im analog-digitalen Alltag und im regulären institutionellen Gefüge des Aufwachsens zu ermöglichen“.

Die Anregungen aus den Vorträgen wurden in Kleingruppen aufgegriffen und lebhaft diskutiert. Trotz vieler Umsetzungsideen wurde auch auf Rahmenbedingungen hingewiesen, die dies erschwerten. Insbesondere wird der Personalschlüssel als zu knapp bemessen erachtet. Eine hohe Personalfuktuation und das Fehlen eines Moduls Jugendhilfe in der Ausbildung kommen erschwerend hinzu.

Gerahmt wurde die Veranstaltung durch die Grußworte der Ministerin für Familie, Frauen, Kultur und Integration, Katharina Binz, und der LIGA-Vorsitzenden Regine Schuster sowie dem Schlusswort der Leiterin der Abteilung Landesjugendamt, Iris Egger-Otholt.

Die Landeskonzferenz wurde sehr durch die Lesung der Autorin Valeria Anselm bereichert, die über ihre Erfahrungen in der Jugendhilfe und ihre Zeit, in der sie in einer Wohngruppe gelebt hat, das Buch „[Das ist \(nicht\) mein Zuhause](#)“ geschrieben hat. Mit großem Verständnis für die Rahmenbedingungen in einer Einrichtung beschreibt sie sehr eindrucksvoll ihre Erfahrungen in einer Einrichtung der stationären Hilfen zur Erziehung. Ein absolut lesenswertes Buch, das den Mitarbeitenden und Verantwortlichen die Bedürfnisse und das Erleben der Kinder und Jugendlichen aufzeigt und den Fachkräften einen Spiegel vorhält.

Titelbild des Buches



Barbara Liß | Telefon 06131 967-380 | [Liss.Barbara@lsjv.rlp.de](mailto:Liss.Barbara@lsjv.rlp.de)

## Ein etwas anderer Blick auf die 6. landesweite Kinderschutzkonferenz – Poetic Recording mit Jan Cönig

Konferenz Nummer sechs  
ein geschliffener Text  
Kinderschutzkonferenz  
wir sind Fans von Präsenz

Das Interesse ist groß  
hier im Erbacher Hof  
in den Workshops Erleben  
acht Mal Input, üben, reden

SECHSTE  
LANDESWEITE  
KINDERSCHUTZ-  
KONFERENZ



Titelbild des Flyers

Der Bedarf ist enorm  
Kinderschutz jeder Form  
es braucht nicht nur Gesetz,  
sondern Hilfe hier und jetzt

Es braucht Austausch, Impuls  
**Schutzkonzepte** für uns  
es braucht Kraft und Ideen,  
Empathie, ein Versteh'n

Augenhöhe, um in Stücken  
Wissenslücken zu überbrücken  
Es braucht, Menschen, ein Gesicht,  
ohne Fachkraft geht es nicht.

Erste Stimme aus Berlin  
die Beziehung schafft ein Team  
Schilderung von einem Fall  
wo der Kinderschutz misslingt  
die Erzieherin im Heim  
etwas Licht ins Dunkle bringt

denn sie bietet etwas an  
Sympathie statt Wut und Schmerz  
und berührt unsagbar lang  
ein verletztes, kleines Herz

Frauenhandel, Beispiel Zwei  
Loverboy die Seltenheit  
wenn die Heimat, deine Welt,  
dich bedroht, zusammenfällt

braucht es **Zeit**, zwei Jahre leicht  
bis man die Person erreicht  
Das System ist vielleicht grässlich  
doch in ihrer Welt verlässlich

Mit Vertrauen und Geduld,  
ohne Zuweisung von Schuld  
wo Erfahrungslernen zählt  
beginnt die neue Lebenswelt

Aber wie Beziehung geht  
wie man Menschen gut versteht  
startet tragfähig, primär,  
mit der Zeit geht vielleicht mehr

Es braucht Ausgleich auf der Wippe  
ein Milieu und kleine Schritte  
Lernen lohnt sich mehr als doppelt  
wer Theorie und Praxis koppelt  
lernt warum, und was und wie  
und nutzt die Antinomie



Prof. Dr. Silke Gahleitner

Es braucht einen Ort, und es braucht Sicherheit  
eine **positive Bindung**, von sozialem Druck befreit  
Es braucht ein starkes Selbst, Emotionsregulation  
Förderung von Resilienz, positive Reaktion

**Soziale Arbeit ist der Start**, Basisarbeit, Emotion

Augenhöhe, Augenblicke, und auch Qualifikation

Beziehung ist nicht machbar, wir eröffnen einen Raum  
und wir können da sein, hoffen, dass Klienten auf uns bau'n

Ich bin eine **Vertrauensperson**

Ich tröste, unterstütze, mach` stark  
ich bin da und höre zu

Ich bin offen, für was du mir sagst  
Wir gehen in deiner Geschwindigkeit  
Ich bewahre und bring Ruhe mit  
Ich verspreche nicht vorschnell, ich gebe Zeit

Ich verstehe das Problem und wir gehen Schritt für Schritt

**Kinderschutz** ist eine Pflicht,  
bei der man auch mit **Kindern spricht**

ein wahrer Workshoptsunami,  
ich falte im Workshop Origami  
und scheitere im ersten Versuch,  
was ich falte ist leider kein Buch



Teilnehmendenkreis

Im Alter von bis zu drei Jahren,  
wo Kinder kaum schon Worte haben  
ist ein Teil vom Fachgebiet  
trotzdem zu sagen, was geschieht  
Kinder beobachten und sehen,  
wir helfen ihnen zu verstehen

Ab 3 dann spielerisches zeigen,  
malen, spielen, anstatt schreiben  
mit der Schule kommt Moral  
was Kind erlebt wirkt als normal  
die Jugendlichen sind abstrakt,  
sie sprechen ungern vis a vis  
Konfrontation schließt Türen ab,  
doch Spazieren hilft, und wie

Im nächsten Workshop wird **mentali-**  
**siert**,

was mit Menschen passiert,  
wenn die Mimik gefriert,  
wird nicht leicht repariert

Stress ist ziemlich gemein,  
mit Stop, Stand and Rewind  
kannst du prüfen zu sein  
wie es scheint

Zwischen Mentalisierung und Autopi-

lot  
ist der Schaltpunkt  
ist die Spannung zu groß  
wird das Fühlen unmöglich  
und wir reagieren bloß

**Ein Kind ist ein Kind**

dieser Satz ist so wahr  
doch **Beeinträchtigungen**  
machen eine Lücke hier klar  
Um sich helfen zu lassen  
müssen Angebote passen  
es reicht nicht, wenn es bleibt,  
wie es war.

Ein Kind ist ein Kind  
dem die Hilfen nur dienen

im Zusammenspiel  
verschiedenster  
Disziplinen

Hilfe braucht einen Plan  
doch wo fange ich an  
wenn das Setting nicht stimmt  
ist in Jugend und Kindheit  
nicht genug getan

Verwaltung das Eine,  
behördliche Macht  
Paragraph 36  
im SGB VIII

Verständlichkeit, Wahrnehmbarkeit,  
Kooperation  
stabile Beziehung, eine Institution  
Der **Hilfeplan** ankert,  
kann Mauern durchbrechen  
nur braucht es auch Handlung  
und nicht nur Versprechen  
Gegen schweigende Jugend und  
auch Frustration  
helfen neue Ideen zur Kommunika-  
tion

**Sexualität** betrifft alle und jeden  
es hilft, so wie meistens, darüber zu  
reden

Es braucht Ausbildung, Fortbildung,  
rechtliches Wissen  
nicht den Eindruck „noch ein Thema“  
behandeln zu müssen

Es hilft, sich auf die Klienten zu zent-  
rieren

weiter zu lernen, nicht den Mut zu  
verlieren

Denn Sexualität gibt es, sie ist stän-  
dig präsent  
es braucht Schutz und kein Klima,  
dass Offenheit hemmt

Wer ein Kind hat und ein **Smart-  
phone**

der hat sich sicher zwei Mal entschie-  
den

und es irrt, wer denkt, es reicht  
schon,

den Smartphonegebrauch zu verbie-  
ten

Digital ist Bildung, Freizeit, Spiel, Ver-  
netzung

Digital soll **Schutz** sein vor jeglicher  
Verletzung

Demokratie ist digital, ein **kunterbun-  
ter Strauß Rechte**

und kennen wir uns einmal aus, dann  
seh´n wir nicht nur noch das  
Schlechte

Schutz sind nicht Verbote, es ist  
Kompetenz und Wissen

die zu einer Haltung führen, statt die  
„gute alte Zeit“ zu vermissen

Wissen kann im digitalen Dschungel  
viel nützen,

daher die zehn Punkte, die Kinder zu  
schützen



Teilnehmerinnen des Workshops 7

1 Mediennutzung und Störfaktoren  
kennen

2 bei Freunden und Familie digitalen  
Stress benennen

3 Geräte aus und nicht nur stets pau-  
sieren

4 Zeitlimits helfen, sich nicht zu verlieren  
5 Social Media ausmisten von mal zu mal  
6 Viele Online-Wunder sind nicht real  
7 Sicherheitsmaßnahmen verdienen Applaus  
8 Autoplay gehört grundsätzlich aus  
9 Melde Verhalten, dass unangebracht ist und stört,  
damit 10 das Internet irgendwann den Guten gehört.

Während Jugendhilfe Jugend hilft,  
Suchthilfe gegen **Sucht**  
herrscht zwischen den beiden  
manchmal eine Kluft

Es hilft einerseits, Suchtprobleme zu erkennen  
und im nächsten Schritt auch die Hilfen zu benennen  
es braucht Austausch um Rausch Alternativen zu verpassen  
und die Kinder keinesfalls dabei alleine zu lassen.  
Circa 3 Millionen Kinder sind von Sucht daheim betroffen,  
das ist jedes fünfte Kind in Deutschland, bleibt uns nur zu hoffen,  
dass wir Scham und Angst, Hilflosigkeit, **Unsicherheit begegnen**  
und ihnen Wege aus dieser Spirale endlich ebnen.

Eine **Flucht** ist keine Reise,  
eine Flucht ist stets traumatisch  
bei der Ankunft sind nicht alle hilfreich, wertschätzend empathisch,  
und es braucht stabile Brücken  
anstatt Lücken im System  
Fortbildung und Austausch, damit wir die Lebenswelt versteh'n

Denn **Beziehung** braucht Vertrauen  
Zuversicht, Stabilität,  
also lasst uns danach schauen,  
dass es besser weitergeht.

Ein Kind ist ein Kind,  
und ein still face eine Qual  
es ist gut, das wir hier sind  
fern von „standard“ und „normal“

Vielen Dank für den Tag  
für die Zeit und die Chance  
Kinderschutz ist ein Feld  
sehr divers, riesengroß  
**ein Kind ist ein Kind**  
es gibt Arbeit zu Hauf  
wir bieten Stabilität  
und wir geben nicht auf.



Jan Cönig

Mit Dank an Jan Cönig für seine Zustimmung zur Veröffentlichung des Textes.

Heidi Steffl | Telefon 06131 967-527 | [Steffl.Heidemarie@lsjv.rlp.de](mailto:Steffl.Heidemarie@lsjv.rlp.de)

## „Vom Suchen und Finden – Funktionen von Extremismen“ – Digitale Themenwoche des Demokratiezentrum 2023

### Warum wenden sich Personen Extremismen zu? Was suchen und finden Menschen im Extremismus?

Diese und viele weitere Fragen wurden in der digitalen Themenwoche des Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz des LSJV vom 12. bis 16. Juni 2023 untersucht. An fünf Tagen teilten in einem jeweils 2-stündigen Vortrags- und Diskussionsangebot Dana Buchzik, Winnie Plha, Judith Rahner, Hanna Börgmann und Roland Imhoff ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse und Perspektiven zu den diversen Funktionen von Extremismen mit den Teilnehmenden.

Aus psychodynamischer, Gender- und psychologischer Perspektive betrachteten die Referierenden die Funktionen von Extremismen und welche praktischen Handlungsmethoden sich daraus für den gesellschaftlichen Umgang, wie auch für die Arbeit von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe, politischen Bildung und der Extremismusprävention ergeben.

„Haben Sie sich schon einmal die Frage gestellt, was eigentlich der Zauber radikaler Ideologien ist? Und warum wir Familie und Freunde an radikale Ideologien verlieren?“ [Dana Buchzik](#), Journalistin, Kommunikationsberaterin und Autorin, schlug in ihrem Vortrag eine Brücke zwischen Erkenntnissen der internationalen Forschung zu radikalen Ideologien und konkreten, alltagsnahen Strategien im produktiven Umgang mit sich radikalierenden Personen. Als Journalistin und Kommunikationsberaterin liegen ihre Schwerpunkte auf praktischen (Handlungs-)Empfehlungen zum Umgang mit radikalisierten Personen – offline und online. Denn in beiden Welten begegnen uns Menschen, die sich radikalisiert haben. Einer ihrer zentralen Tipps für den Offline- sowie den Online-Raum war beispielsweise, keine Gegenrede auf Kommentare bei Social Media zu leisten und somit auch nicht in den Verteidigungs- und Aufklärungsmodus zu verfallen. Vielmehr ist für Dana Buchzik gerade in der Online-Welt das Empowern von Betroffenen eine hilfreiche Strategie für eine konstruktive Kommunikation mit Radikalen. Eine zentrale Perspektive ist hierbei die Adressierung der Personen, wenn möglich auf einer Beziehungsebene.

Mit der Frage, warum sich (junge) Menschen extremistischen Gruppen anschließen, beschäftigte sich der Vortrag von Winnie Plha, Sozialwissenschaftlerin und stellvertretende Geschäftsführerin der Denkzeit-Gesellschaft e. V., aus einer psychodynamischen Perspektive. Radikalisierung mache Sinn, ohne radikale Ideen scheine gesellschaftliche Weiterentwicklung für Radikalisierte nicht möglich. Dennoch gebe es Radikalisierungsphänomene, die aufgrund ihrer demokratiefeindlichen Ausrichtung und Nähe zum Extremismus zur Gefahr werden können. Plha zeigte dabei eindrucksvoll auf, warum manche junge Menschen aufgrund ihrer psychosozialen Struktur scheinbar besonders gefährdet sind, sich zu radikalieren. Zugleich ist psychosoziales Wissen in der Jugendarbeit hilfreich, um innere Prozesse und Konflikte sowie die daraus entstehenden Beziehungsdynamiken besser zu verstehen. Abschließend erklärte Plha die Möglichkeiten nachhaltiger Distanzierung von radikalierenden Ideologien und

verlässliche, haltgebende Beziehungsgestaltung als Grundbaustein pädagogischer Intervention.

Am dritten Tag der digitalen Themenwoche gab Judith Rahner einen Einblick in das Themenfeld Gender und Rechtsextremismus. Denn „Rechtsextremismus ist (auch) eine Frau.“ In der Gesellschaft werden rechte Frauen nur selten wahrgenommen, dabei tauchen sie dort genauso auf, so Rahner. Die Referentin studierte Gender-Studies, Musik- und Erziehungswissenschaften und ist Leiterin der [Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus bei der Amadeu Antonio Stiftung](#). In ihrem Vortrag zeigte sie die Rolle von Frauen und Geschlecht im Rechtsextremismus in unterschiedlichen Lebens- und Gesellschaftsbereichen auf, bei Einstellungen, Wahlverhalten, Organisationsgrad, Parteizugehörigkeit und Beteiligung an rechts-motivierten Straftaten. Frauen werden per se als unpolitischer gesehen, obwohl rechtspopulistische Einstellungen gleichermaßen von Männern wie auch von Frauen geteilt werden. So stimmen Frauen genauso oft Rassismus zu wie Männer. Zudem sind rechte Frauen von einer sogenannten „doppelten Unsichtbarkeit“ betroffen. Damit wird die Ausblendung der Beteiligung an Gewalttaten mit politischem Hintergrund von Frauen, sowie die Tatsache, dass auch Frauen Teil von rechter Gewalt sind, beschrieben. Judith Rahner sieht hier ein Wahrnehmungsdefizit gegenüber rechten Frauen. Die Forschung zu Geschlecht und Rechtsextremismus stecke noch in den Kinderschuhen. Mit der Illustration der diversen Motivlagen, warum sich Frauen und Mädchen dem Rechtsextremismus zuwenden, beendete Rahner ihren Input.

Alle kennen große Online-Plattformen wie Facebook, Instagram, WhatsApp und Co. Doch es gibt auch noch viele andere kleinere Plattformen, die weiten Teilen der Gesellschaft nicht bekannt sind. Wie diese sogenannten „alternativen“ Plattformen genutzt werden, und welche Rolle sie in Radikalisierungsprozessen spielen, bleibt für viele im Verborgenen. Das Institute for Strategic Dialogue Germany hat verschiedene Online-Subkulturen näher untersucht. Die Ergebnisse stellte Hanna Börgmann, Expertin für rechte Onlineradikalisierung und Leitung des [Forschungsprojekts „Radikalisierung in rechtsextremen Online-Subkulturen entgegentreten“](#), in ihrem Vortrag vor.

Im Fokus der extremen Rechten sind neben dem Messenger-Dienst Telegram Dienste wie Bitchute, Gettr, PeerTube und Odysee sowie weitere alternative und Blockchain-basierte Plattformen. Sie sind wesentlicher Bestandteil der Online-Mobilisierung, Vernetzung und Kommunikation der Rechten und in der Lage, digitale Mobilisierung in wirksame Offline-Aktionen umzuwandeln. Sie bieten den Nährboden zur Verbreitung demokratiefeindlicher Inhalte oder gewaltvoller Übergriffe bis hin zu Terroranschlägen.

Roland Imhoff nahm die Teilnehmenden am letzten Tag der digitalen Themenwoche mit in die Welt der Verschwörungserzählungen. Seit über zehn Jahren forscht der Psychologe und Professor für Sozial- und Rechtspsychologie u. a. an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz zu Verschwörungsglauben und speziell der dahinterstehenden allgemeinen Weltsicht (Verschwörungsmentalität). Neben vielfältigen Begriffen, die es im Themenfeld des Verschwörungsglaubens gibt, erläuterte Imhoff die psychologischen Bedürfnisse, die diese für Menschen erfüllen, um sich die Welt zu erklären und zugänglich zu machen. So stellte der Referent fest, dass Verschwörungstheorien

Erklärungen und Begründungen sowie Handlungsmöglichkeiten für das Leben liefern. Die Folge sei eine Kontrollillusion. Verschwörungsglaube gedeiht, wenn Menschen das Gefühl geringer Kontrolle oder sogar eines Kontrollverlustes über ihr Leben haben. Ebenso werden auch soziale, existentielle und epistemische Bedürfnisse von Verschwörungsnarrativen übernommen. Abschließend thematisierte Imhoff, ob Verschwörungsglauben das Versprechen der Befriedigung dieser Bedürfnisse effektiv einlösen könne.

Die digitale Themenwoche 2023 eröffnete vielfältige Perspektiven auf die verschiedenen gesellschaftlichen sowie individuellen Funktionen von Extremismus. Die Referierenden und Teilnehmenden ermöglichten mit ihren wichtigen Beiträgen ein vielschichtiges Bild der unterschiedlichen Funktionen und Zugänge zu Extremismen, aber auch der Eröffnung von Handlungsmöglichkeiten für die Gesellschaft, Soziale Arbeit, politische Bildung und Extremismusprävention.

Für weiterführende Informationen finden Sie hier eine kleine Literatursammlung:

- Deutsche Gesellschaft für Psychologie – [Task Force „Verschwörungstheorien“](#)
- [Projekt Radikalisierung in rechtsextremen Online-Subkulturen entgegentreten – ISD-GERMANY \(isdgermany.org\)](#)
- Friedmann, R. & Plha, W. (2019): "In der Gruppe bin ich wer...", Psychosoziale Aspekte von Radikalität und Extremismus. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/294499/psychosoziale-aspekte-von-radikalitaet-und-extremismus/>
- Buchzik, Dana (2022): Warum wir Familie und Freunde an radikale Ideologien verlieren – und wie wir sie zurückholen können.

Demokratiezentrum RLP | Telefon 06131 967-167 | [demokratiezentrum@lsjv.rlp.de](mailto:demokratiezentrum@lsjv.rlp.de)

## Beteiligungswerkstätten in der stationären Jugendhilfe: Fassade oder Fundament?

### Rückblick zu den Beteiligungswerkstätten am 17. Juni 2023 und 1. Juli 2023

Jährliche Beteiligungswerkstätten für Kinder und Jugendliche aus Einrichtungen der stationären Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz haben mittlerweile eine langjährige Tradition. Hier kommen junge Menschen und Fachkräfte zusammen, um sich zu verschiedenen Themen auszutauschen. Partizipationsmöglichkeiten sowohl auf Landes- als auch auf Einrichtungsebene sollen gefördert und (weiter-)entwickelt werden. Bei der Beteiligungswerkstatt 2020 wurde erstmals der Landesjugendhilferat (LJHR) gewählt und gründete sich als landesweite ehrenamtliche Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen aus stationären Einrichtungen. Eben dieses 12-köpfige Gremium junger Menschen engagiert sich inzwischen auch maßgeblich bei der Planung, Durchführung und Umsetzung der Beteiligungswerkstätten.



Die Teilnehmenden der Beteiligungswerkstatt Süd

In diesem Jahr fanden gleich zwei inhaltsgleiche Beteiligungswerkstätten statt, eine im Norden von Rheinland-Pfalz (Vallendar, Haus Wasserburg) und eine im Süden (Wolfstein, Königsland Jugendherberge). Mit der Aufteilung auf zwei Regionen und der Konzipierung als Ein-Tages-Veranstaltungen mit der Option zu übernachten, und dadurch den Austausch und Kontakt zu vertiefen, sollten mehr junge Menschen sowie Fachkräfte aus den Einrichtungen zur Teilnahme angesprochen werden. Der Plan ging auf, denn insgesamt kamen ca. 140 junge Menschen (zwischen zwölf und 19 Jahren) und Fachkräfte aus 33 verschiedenen Einrichtungen von 23 Trägern zusammen – doppelt so viele wie im letzten Jahr.

Das vom LJHR gestaltete Programm war vielseitig und abwechslungsreich. Der Tag startete mit einem kurzen interaktiven Kennenlernen und der Vorstellung des LJHR, den handelnden Personen und ihren Aufgaben, sowie den LJHR-Themen und Netzwerken. Im Anschluss daran begann die erste Workshop-Phase zu den Themen:

- „Heimkind“ – Vorurteile und Zuschreibungen
- LGBTIQ\* – sexuelle Vielfalt und der Einrichtungsalltag
- Traumapädagogik
- Stressmanagement
- Haltung von Fachkräften

Hervorzuheben ist hierbei, dass fast alle Workshops von LJHR-Mitgliedern selbst moderiert und umgesetzt wurden, zum Teil in Zusammenarbeit mit Fachkräften oder externen Referentinnen und Referenten, zum Teil alleine. Die Tagesmoderation übernahmen Mitglieder des LJHR, ganz nach dem Motto „von Jugend für Jugend“.

Nach der ersten Workshop-Phase und einem Mittagessen ging es weiter mit einem Kennenlernspiel und der zweiten Workshop-Phase zu den Themen:

- Privatsphäre, Vertrauen und Wünsche
- (S)Kill my Anxiety
- Careleaver
- Beteiligung bei Schutzkonzepten
- Tanzen

Eine weitere Besonderheit der Beteiligungswerkstätten bestand darin, dass fast alle Workshops sowohl für Jugendliche als auch für Fachkräfte konzipiert waren, auch um sie gemeinsam in den Austausch zu den genannten Themen treten zu lassen. Denn oftmals stehen und fallen die gewünschten Veränderungen mit dem Engagement der Fachkräfte in den Einrichtungen. Lediglich beim Workshop zur Privatsphäre war es den LJHR-Referentinnen und Referenten wichtig, sich mit den Jugendlichen allein, d. h. in Abwesenheit der Fachkräfte auszutauschen.

Im Anschluss an die Workshops gab es für die Jugendlichen eine Fotorallye durch Haus und Gelände. Mit großem Tempo rasten die Jugendlichen umher – ein wichtiger körperlicher Ausgleich für die darauffolgende lange Phase im großen Saal. Dort wurden dann zum einen die Workshop-Ergebnisse von den Teilnehmenden selbst kurz vorgestellt und zum anderen präsentierte der LJHR verschiedene Themen und Informationen zu seiner Arbeit. Den Tagesabschluss bildeten die Feedbacksammlung und die Ankündigung der Beteiligungswerkstatt 2024, die vom 7. bis 9. Juni in Vallendar stattfinden wird, dann wieder mit Wahlen für den neuen LJHR.

Einige Teilnehmende nahmen das Übernachtungsangebot wahr, v. a. in Wolfstein. Der Abend klang jeweils aus mit Kegelbahn, Fußball, Werwolf-Spiel, Snacks und unzähligen informellen Gesprächsgruppen. Am Sonntagmorgen wurden die Teilnehmenden mit einem weiteren gemeinsamen Spiel verabschiedet.

Als Resümee über den Charakter der diesjährigen Beteiligungswerkstätten (im Bild eines Hausbaus gesprochen), lässt sich klar sagen: Die Beteiligungswerkstätten sind keine Fassaden-Veranstaltungen, sondern ein sehr wichtiges Fundament für die Arbeit des LJHR als der landesweiten Interessenvertretung von jungen Menschen in stationären Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung. Fundament, weil hier viele Jugendliche und Fachkräfte erreicht werden, weil sie sich einbringen können und nach ihrer Meinung gefragt werden, weil ihre Interessen und Wünsche dort eine hörbare Stimme bekommen und weil sie in den direkten Austausch mit ihrer Interessenvertretung gehen können. Die Beteiligungswerkstätten haben aber auch darüber hinaus ihren Namen

verdient. Denn insbesondere die Tatsache, dass der LJHR selbst seine Inhalte gesetzt, vorbereitet und umgesetzt hat, machte diese Beteiligungswerkstätten zu einem Ereignis, das im Gegensatz zu einer Fassade von echter, gelebter Partizipation und Selbstwirksamkeit zeugt. Der LJHR kann stolz auf seine Leistung und sein Engagement sein und hat mit den diesjährigen Beteiligungswerkstätten viele Menschen erreicht und motiviert. Jede und jeder einzelne und das ganze Team ist darüber hinaus gewachsen.



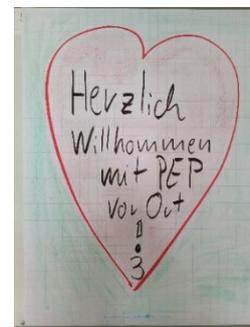
Der LJHR

Sandra Franz (LJHR-Geschäftsstelle) | Telefon 06131 967-535 | [Franz.Sandra@lsjv.rlp.de](mailto:Franz.Sandra@lsjv.rlp.de)

## Der Jugend eine Stimme zu geben, will gelernt sein ...im JES! mit PEP vor Ort 3

### Was macht Schlummerstadt für junge Menschen?

Vor dem Hintergrund der Umsetzung der Jugendstrategie JES! konnte im Rahmen des Landesförderprogrammes „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit „PEP vor Ort“ zusammen mit den Beschlüssen des Landesjugendhilfeausschusses (LJHA) vom Juni 2017 und zur Weiterführung vom Februar 2020 das Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung von Jugendarbeit und Jugendpolitik mit überarbeiteter Konzeption zum dritten Mal durchgeführt werden.



Willkommensplakat beim Evaluationstreffen

Im diesem Durchgang machten sich erneut vier Gebietskörperschaften mit ihren jeweiligen Spitzenkräften aus Verwaltung und Politik sowie den Fachkräften der Jugendarbeit auf den Weg, in ihren Wirkungsbereichen eine kommunale Jugendstrategie von und für Jugendliche zu implementieren. Dabei wurden die Akteurinnen und Akteure wissenschaftlich begleitet und unterstützt. Netzwerk- und Politikfeldanalysen wurden durchgeführt, Kommunikationstraining mit Politik sowie Strategien und Aktionspläne entwickelt und umgesetzt.

Am 19. und 20. Juni 2023 fand das siebte und letzte Qualifizierungs-Treffen mit den beteiligten pädagogischen Fachkräften der Jugendarbeit statt. Diese nutzten die Möglichkeit, das in den letzten zwei Jahren erworbene Wissen anzuwenden und zu vertiefen, bevor die Evaluation des Projektes anstand.



Die Teilnehmenden des Treffens

### Planspiel Jugendpolitik

Initiiert durch Prof. Dr. Werner Lindner vom Lehrstuhl für soziale Arbeit mit den Schwerpunkten Jugendarbeit, Jugendpolitik und Demokratiebildung der Ernst-Abbe-Hochschule Jena wurde zum Auftakt der Veranstaltung ein Planspiel im Bereich Kommunalpolitik und Infrastrukturplanung durchgeführt.

Hierbei wurde ein Setting rund um das fiktive Städtchen „Schlummerstadt“ kreiert, in dem verschiedene Interessengruppen um die Nutzung von brachliegendem Bauland miteinander konkurrierten. Zentral war dabei die Frage, wie die Region als Standort gestärkt werden kann, wie junge Menschen in der Region gehalten werden können, um dem sogenannten „brain drain“ entgegenzuwirken und wie sich dies mit einer generationen- und kulturenübergreifenden Gewährleistung der Lebensqualität in Schlummerstadt vereinbaren lässt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Praxisprojekts schlüpften dabei in die Rolle verschiedener Interessenvertreter und -vertreterinnen, die ihre Positionen und Argumente für eine Gemeinderatssitzung vorbereiten und diskutieren sollten.

Dabei unterschieden sich die verschiedenen Vorstellungen der einzelnen Akteure stark. Die „Wirtschaftskammer“ drängte auf die Erbauung eines neuen Einkaufszentrums, während der Migrationsbeirat sich eine neue Moschee wünschte. Die „Fortschrittspartei“ strebte eine generationenübergreifende Begegnungsstätte an, während die „Traditionspartei“ sich für ein Senioren- und Familienzentrum stark machte. Ziel der Jugendvertretung der Stadt war es, auf den Bau eines Jugendzentrums hinzuwirken, ein „Wohnzimmer“ für die jungen Menschen in Schlummerstadt. Darüber hinaus wurde das Szenario von einer Bürgermeisterin koordiniert und moderiert, während eine Reporterin mit der Dokumentation und Aufarbeitung der verschiedenen Positionen betraut war.

Viele Gruppen mit gegenläufigen Interessen also. Erschwerend kam hinzu, dass die Machtverhältnisse der einzelnen Akteure nicht gleich verteilt waren. Während die Parteien und die Bürgermeisterin über ein Stimmrecht im Gemeinderat verfügten, konnte die Wirtschaftskammer die finanzielle Absicherung ihres Projektes ins Feld führen. Es sah zu Beginn erst einmal nicht gut aus für die Jugendlichen von Schlummerstadt.

Und genau hier konnten die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer ihr bei „JES! mit PEP vor Ort 3“ erworbenes Fachwissen umsetzen. Welche Möglichkeiten gibt es, Partizipation von Jugendlichen zu ermöglichen? Welche Rechte und Ansprüche haben junge Menschen? Wie können sie sich Gehör verschaffen und ihre Positionen argumentativ ausarbeiten? Und wie kann die Jugendpflege vor Ort Hilfe zur Selbsthilfe leisten? Wie kommuniziere ich auf unterschiedlichen Sprachebenen mit der Politik?

Gleichzeitig konnten einige Fachkräfte auch die Gegenposition einnehmen und sich Argumentationsstrukturen zu eigen machen, mit denen sie sich im Berufsalltag regelmäßig konfrontiert sehen. Dieser Perspektivenwechsel verdeutlichte, wie schwierig es sein kann, von der eigenen Meinung abweichende Ansichten zu akzeptieren – insbesondere wenn diese ideologisch geprägt oder durch finanzielle Interessen bestimmt sind. Wie also können sich Kinder und Jugendliche in der politischen Arbeit bemerkbar machen?

Während der Diskussionsrunde wurde auch auf Artikel 16c der rheinland-pfälzischen Gemeinde- und Landkreisordnung Bezug genommen, nach der die Gemeinden bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen müssen. Eine Möglichkeit, dies zu gewährleisten, besteht in der Einrichtung einer Jugendvertretung, deren Mitglieder wie im vorliegenden Fall befragt werden, um ihre Perspektive bei der Entscheidungsfindung beizusteuern.

So musste etwa konkret dargelegt werden, wieso die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Investitionen in ein Einkaufszentrum nur dann sinnvoll sind, wenn die Jugendlichen in der Stadt auch Anreize haben, im Ort zu bleiben und diese neu entstehenden Stellen auch besetzen.

Liefen die ersten Verhandlungen dabei wenig aussichtsreich, weil keine der Parteien bereit war, von ihrer Position abzuweichen, änderte sich die Stimmung nach der ersten Gemeinderatssitzung. Nachdem deutlich war, dass keiner allein die Entscheidung treffen kann, ergaben sich aus Verhandlungen gemeinsame Lösungen und es bildeten sich Allianzen.

Zum Schluss ergab sich eine Hybridlösung, nach der das Einkaufszentrum zwar gebaut werden sollte, hierbei jedoch auch Räume geplant wurden, die von Jugendlichen zur freien Gestaltung und zur Durchführungen von Maßnahmen der Jugendarbeit genutzt werden können. Darüber hinaus verständigte man sich auf Veranstaltungs- und Begegnungsräume, in denen Programme für verschiedene Menschen jeden Alters angeboten werden sollen.

Aus der Veranstaltung konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mitnehmen, wie wichtig es ist, sich in die Lage der Gegenposition hineinzusetzen, um deren Ansichten und Motivation zu verstehen. Zusätzlich wurde die Bedeutung der Sichtbarkeit von Angeboten, wie sie eine Jugendvertretung darstellen, sehr klar. Nur da, wo Jugendliche von ihrer Möglichkeit zur gesellschaftlichen Partizipation wissen, können sich diese auch einbringen. Dies hilft, nach Lösungen für alle Beteiligten zu suchen. Schließlich sind Jugendliche die Zukunft der Kommunen, werden jedoch aufgrund kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen häufig übergangen. Einige der Teilnehmenden berichteten über ähnliche Szenarien in ihrem tatsächlichen Berufsalltag.

Es ist wünschenswert, dass Angebote wie dieses Planspiel in Zukunft verbreitet werden. Hieraus ergeben sich Möglichkeiten, für die „echte Welt“ zu proben und typische Situationen durchzuspielen, zu diskutieren und praktische Erkenntnisse ins Berufsleben zu übertragen.

## Evaluation

Im Rahmen der Evaluation wurden die Ergebnisse der Onlineumfrage (63 Fragen) vorgestellt und diskutiert. Die Expertinnen und Experten vertieften die Auswertung des Projektes im Hinblick auf ihre Wissenschaftsdisziplin, Netzwerkarbeit, Verwaltungswissenschaft, politische Kommunikation und Sozialpädagogik.

Die aus dem Landesförderprogramm „JES! Eigenständige Jugendpolitik“ gesetzten Ziele

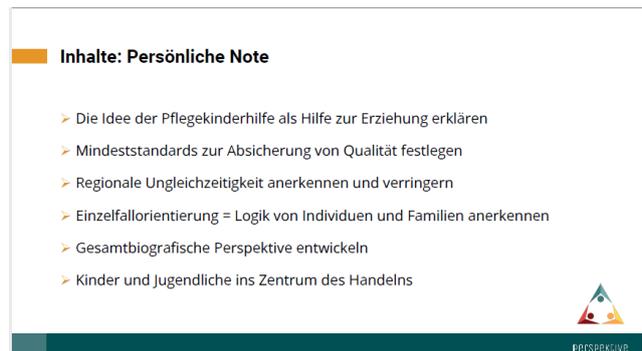
- Befähigung und Unterstützung der jungen Menschen zur Teilhabe in der Gesellschaft,
- Gewährleistung autonomer Gestaltungsräume,
- Gewährleistung der Mitbestimmung an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen – Stärkung der Partizipation und damit des demokratischen Gemeinwesens (Siehe: [Jugendstrategie JES! . Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz \(rlp.de\)](#))



## Qualifizierung im Pflegekinderdienst

Die Pflegekinderdienste haben von Beginn eines jeden Pflegeverhältnisses an die Aufgabe, die Bedingungen für die beteiligten Kinder und Erwachsenen gut zu gestalten. Die Arbeit mit dem komplexen System „Familie“, sei es im Rahmen der Vollzeit-, der Verwandten- oder der Netzwerkpflege, stellt die Fachkräfte dabei immer wieder vor besondere Herausforderungen. Auch die Kooperation mit anderen Fachdiensten und Institutionen soll im Sinne der Pflegekinder und ihrer Familien positiv gestaltet werden.

Zusammen mit der Abteilung Landesjugendamt (Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum (SPFZ) und Fachreferat 33.1), der Forschungsgruppe Pflegekinder (Universität Siegen) und dem rheinland-pfälzischen Ministerium für Familien, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) wurde 2009 eine Qualifizierungsreihe initiiert und kontinuierlich weiterentwickelt. Die Qualifizierungsreihe wird jeweils in Kooperation zwischen dem SPFZ und dem Institut für sozialpädagogische Praxisforschung und -entwicklung, Perspektive gGmbH mit Dirk Schäfer als verantwortlichem Referent durchgeführt.



Auszug aus der Präsentation

Im Rahmen der berufsbegleitenden Qualifizierung werden aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse vermittelt und geeignete Methoden für die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Pflegefamilien, Herkunftsfamilien und weiteren Beteiligten entwickelt. Die eigene Arbeit wird reflektiert und vor dem Hintergrund struktureller Gegebenheiten überprüft. Die Inhalte der Weiterbildung lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Teilnehmenden erarbeiten ein Selbstverständnis und definieren die Rolle der Pflegekinderdienste. Sie eröffnen sich die Vielfalt von Pflegefamilien und Pflegeformen, lernen die Bedürfnisprofile von Pflegekindern und die Anforderungsprofile an Pflegefamilien kennen. Teil der Qualifizierung ist auch, sich im Perspektivwechsel auf die Sichtweise des Pflegekindes einlassen zu können, um professionell die Übergänge vom Beginn der Pflege bis zur Beendigung zu begleiten. Methodisches Arbeiten, um den Fokus auf die Kinder, die Geschwister, die Eltern und die Pflegeeltern legen zu können, wird ebenso in der modular gestalteten Qualifizierung geschult, wie das konzeptionelle Arbeiten. Durch konzeptionelles Arbeiten können z. B. die Prozesse von (Besuchs-)Kontakten standardisiert gestaltet werden. Die Erarbeitung eines Krisenmanagements dient der Entlastung bei aufkommenden Krisen während einer hohen Belastungsphase.

Die Vielfalt in der Pflegekinderhilfe und der Umgang mit herausfordernden Situationen

eröffnet Chancen und gleichzeitig Herausforderungen in den unterschiedlichen Pflegeformen. Eine Weiterentwicklung ist in den Bereichen der inklusiven und migrationssensiblen Pflegekinderhilfe notwendig. Hierzu wird in der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter bereits diskutiert, um auch hier einheitliche Standards zu entwickeln.

#### Inhalte: Herausforderungen der Pflegekinderhilfe

##### ➤ KJSG – Anforderungen

- Beratung und Unterstützung der Eltern (§ 37)
- Beratung und Unterstützung der Pflegeeltern (§ 37a)
- Zusammenarbeit von Eltern und Pflegeeltern (§ 37 Abs. 2)
- Sicherung der Rechte von Kindern in Pflegeverhältnissen (§ 37b)
- Perspektivklärung/Kontinuitätssicherung (§ 37c Abs. 1, 2)
- Wunsch- und Wahlrecht; Dokumentation im Hilfeplan (§ 37c Abs. 3, 4)
- Selbstorganisierte Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung (§ 4a)



PERSPEKTIVE

Auszug aus der Präsentation

Am 28. Juni 2023 startete der 9. Durchlauf der Qualifizierungsreihe im Pflegekinderdienst. Jacqueline Goldstein vom SPFZ begrüßte hierzu die Teilnehmenden und deren Leitungskräfte zur Auftaktveranstaltung im Tagungshotel INNdependence in Mainz. Iris Egger-Otholt, Leiterin der Abteilung Landesjugendamt Rheinland-Pfalz, ging in ihrem Grußwort auf Neuerungen im KJSG ein, berichtete von der ersten Beteiligungswerkstatt mit Pflegekindern und hob die Änderungen bei der Kostenheranziehung hervor.

Danach führte Dirk Schäfer, verantwortlicher Referent der Perspektive gGmbH, durch den Nachmittag. Er informierte über die grundlegenden Inhalte und den Ablauf der Qualifizierungsreihe. In Kleingruppen diskutierten sowohl die Leitungen als auch die Teilnehmenden ihre Erwartungen an die Qualifizierung und welche Unterstützungsangebote aus ihrer Perspektive möglich bzw. notwendig wären. Die Ergebnisse wurden via Moderationskarten und Flipchart gesammelt und protokolliert.

Auf diese Weise bekommt die Qualifizierung ein auf die Gruppe und deren Bedürfnisse zugeschnittenes Format. Individuelle Themen finden genauso Platz, wie die notwendige Auseinandersetzung mit den Gesetzesgrundlagen und den daraus resultierenden Anforderungen an den Pflegekinderdienst.

#### Struktur der Reihe: Praxisentwicklungsprojekt

- Alle Teilnehmer\*innen sind gefordert, auf der Grundlage der Module ein kleines Projekt zur Qualitätsverbesserung in ihrem jeweiligen Dienst vorzubereiten und umzusetzen; die Ergebnisse der Projekte werden im Rahmen der Abschlussveranstaltung präsentiert.
- Die Leitungskräfte sind in die Planung zu involvieren und werden um aktive Unterstützung der Vorhaben gebeten.



PERSPEKTIVE

In Praxisentwicklungsprojekten sind die Teilnehmenden aufgefordert, die Inhalte der vier Module und die daraus resultierenden Erkenntnisse sowie die erarbeiteten Qualitätsstandards in ihrer Dienststelle umzusetzen. Die Projekte werden im Rahmen der Abschlussveranstaltung am 27. Juni 2024 der Gesamtgruppe vorgestellt.

Auszug aus dem Praxisentwicklungsprojekt

Die Qualifizierung findet großen Anklang und bildet den steigenden Bedarf nach Weiterbildung, bedingt durch gesetzliche Neuerungen, Forschungsergebnisse, aber auch durch Stellenausbau und Generationswechsel in den Pflegekinderdiensten, ab. Über

die Fördermittel des MFFKI wird ein Teil der Kosten gedeckt, sodass die Teilnehmendenbeiträge vergünstigt angeboten werden können. Ein neuer Durchgang ist für 2025/2026 geplant.

Sonja Becker | Telefon 06131 967-208 | [Becker.Sonja@lsjv.rlp.de](mailto:Becker.Sonja@lsjv.rlp.de)



zum Beispiel das Kind stärken, mit den Eltern zusammenarbeiten bzw. die Eltern beteiligen, mit dem Kita-Team zusammenarbeiten sowie den Sozialraum nutzen.

Im zweiten Teil des Nachmittags nutzten die Fachkräfte die Möglichkeit, im Rahmen einer Ideenbörse, Ideen ausarbeiten, Transfer vorzubereiten und Praxis- bzw. Transferaufgaben zu entwickeln. Unter der Überschrift: „Das nehme ich in meine Praxis mit!“ wurden Ideen auf Karten gesammelt und in ein „Netz“ gehängt. In einem anschließenden „Gallery-Walk“ konnten sich die Fachkräfte zu unterschiedlichsten Ideen armutssensibler Kita-Sozialarbeit austauschen.



Der „Gallery-Walk“

Die Verabschiedung und das Schlusswort richtete Sissi Westrich (Ministerium für Bildung) an die Anwesenden. Dabei ging sie auf die Heterogenität der Kita-Landschaft und der Sozialräume in Rheinland-Pfalz und die damit zusammenhängenden Herausforderungen für die Kita-Sozialarbeit ein.

#### **Kita-Sozialarbeiterinnen/-Sozialarbeiter:**

- eigenen Habitus hinterfragen
- offenes Ohr
- Verständnis, Zeit, Ausdauer und Geduld!
- nicht nur „schicken“, sondern sensibel dranhängen oder begleiten
- Barrieren abbauen (Zeit/Sprache/Mobilität/tägliche Belastung)
- Netzwerkkarte/-ordner (kulturelle und sozialräumliche Angebote, kostenlose Freizeitangebote)
- Taskcards/Flyer für Familien mit wichtigen Kontaktdaten
- Kooperationstreffen mit Trägern - übergreifend
- Budget für die KiSo, damit Angebote kostenfrei stattfinden können
- Arbeit mit Jugendamt/Jobcenter

Sie fasste die Ergebnisse des Tages und des Austauschs zusammen und es wurde deutlich, dass armutssensibles Handeln und Chancengerechtigkeit nicht nur für die Soziale Arbeit insgesamt, sondern besonders auch für die Kita-Sozialarbeit zentrale Themen sind. Bereits während des Fachvortrags am Vormittag wie auch in den späteren Austauschrunden zeigte sich: Armutssensibel handeln in der Kita-Sozialarbeit ist nicht on-top, das ist der Job.

#### Exemplarische Ideensammlung

Durch den Fachtag führte Ellen Johann vom Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum als Moderatorin. Im Austausch wurden Ideen und Leitfragen entwickelt, welche die Fachkräfte für die praktische Arbeit mit von Einkommensarmut betroffenen Kindern und Familien als auch mit Kita-Teams anwenden können. Hierbei wurde deutlich, wie wichtig Möglichkeitsräume sind und welche Gestaltungsspielräume Kita-Sozialarbeit haben kann.

#### Weiterführende Literatur:

- Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ [https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2022/Positionspapier\\_Armutssensibles\\_Handeln.pdf](https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2022/Positionspapier_Armutssensibles_Handeln.pdf)

- Meyer, Anita (2021): Handreichung: Armut (k)ein Thema für Alle?! - Armutssensibles Handeln als Beitrag zur Gesundheitsförderung für Kinder bis 10 Jahren im Ortenaukreis. Präventionsnetzwerk Ortenaukreis (PNO) Ulrich Böttinger

Jacqueline Goldstein | Telefon 06131 967-133 | [Goldstein.Jacqueline@lsjv.rlp.de](mailto:Goldstein.Jacqueline@lsjv.rlp.de)

Ellen Johann | Telefon 06131 967-132 | [Johann.Ellen@lsjv.rlp.de](mailto:Johann.Ellen@lsjv.rlp.de)



## TERMINANKÜNDIGUNGEN

### Wander-Ausstellung: Was' los, Deutschland!? Ein Parcours durch die Islamdebatte

Termin: 12. September bis 26. September 2023

Ort: LULU (ehemaliges Karstadt-Gebäude, Ludwigstraße 12, Mainz)

Veranstalter: Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

Zielgruppe: Ein Besuch der Ausstellung eignet sich für Klassen der Stufen neun bis zwölf der weiterführenden Schulen, sowie Jugendgruppen verschiedener Verbände wie beispielsweise: Feuerwehr, THW, Sportvereine, Jugendtreffs o. ä.

„Was' los, Deutschland!? Ein Parcours durch die Islamdebatte“ ist eine bundesweite Wanderausstellung zum deutschen Islamdiskurs. Sie ist wissenschaftlich fundiert, präventiv, jugendgerecht und gemeinsam mit jungen Musliminnen und Muslimen in Deutschland 2018-2019 entwickelt worden. Sie greift die Themen Islamfeindlichkeit, Islamismus, sowie Alltägliches aus dem Leben junger Menschen auf.

Die Ausstellung kann als Momentaufnahme eines psychologischen Theaterstücks beschrieben werden. Besucherinnen und Besucher bewegen sich durch eine multimediale Szenerie von 30 lebensgroßen Figuren in elf Szenen. Über Lautsprecher kommunizieren die Figuren miteinander, über Kopfhörer sind ihre Gedanken zu hören.

Die Wanderausstellung unterstützt junge Menschen darin, populistischen und menschenverachtenden Meinungen und Ideologien entgegenzutreten und die Welt in ihrer Komplexität wahrzunehmen. Gleichzeitig regt sie zum Nachdenken über gesellschaftliche Fragen an, wobei die zentrale Frage lautet: „Wie wollen wir in unserer Gesellschaft leben?“

Informationen zur Wanderausstellung finden Sie unter: [www.waslosdeutschland.info](http://www.waslosdeutschland.info)

Weitere Informationen auf unserer Homepage: <https://demokratiezentrum.rlp.de/dz-rlp/>

Kontakt

Demokratiezentrum RLP | Telefon 06131 967-431 | [Divan@lsjv.rlp.de](mailto:Divan@lsjv.rlp.de)

## 13. Fachtagung für Fachkräfte der ambulanten Hilfen zur Erziehung Kinderrechte: Starke Kinderrechte – starke Kinder?!

Termin: 26. September 2023

Ort: Tagungszentrum Erbacher Hof, Mainz

Zielgruppe: Fachkräfte von öffentlichen und freien bzw. privaten Trägern aus dem Arbeitsbereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung



Titelbild des Flyers

Kinder beteiligen und Kinderrechte stärken sind, unabhängig von der seit langem geforderten Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz, ein zentrales Anliegen der Kinder- und Jugendhilfe. Viele Kinder erleben in ihrem Alltag eine Nichtbeachtung ihrer Rechte. Erwachsene haben daher die Verpflichtung, die Rechte der Kinder zu schützen und zu stärken. Ein Auftrag der Fachkräfte in den ambulanten Hilfen zur Erziehung ist es, die Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen und Kinder über ihre Rechte aufzuklären.

Der 13. Fachtag nimmt das Thema Kinderrechte als besondere Herausforderung in der Arbeit mit belasteten Familien in den Blick. Im Hauptvortrag von Prof. Dr. Katharina Gerarts wird über rechtliche Grundlagen wie z. B. die UN-Kinderrechtskonvention der Fokus auf Kinder und deren Rechte gesetzt. Mittels Impuls- und Diskussionsfragen beleuchtet sie dabei unterschiedliche Aspekte wie Kinderschutz, Förderung und Partizipation im Spannungsfeld „Kinderrechte und Sozialpädagogische Familienhilfe“.

Am Nachmittag bieten vier Fachforen zu den Themen Kinderrechte und gesundes Aufwachsen – Mediennutzung – geflüchtete Familien – Beteiligung viel Raum für eine thematische Schwerpunktsetzung sowie die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Teilnahmegebühr: 70,00 Euro pro Person

Den Flyer können Sie im SPFZ anfordern. Anmeldeschluss ist der 8. September 2023.

Ansprechpartnerinnen

Susanne Kros | Telefon 06131 / 967-130 | [Kros.Susanne@lsjv.rlp.de](mailto:Kros.Susanne@lsjv.rlp.de)

Hanna Aalders | Telefon 06131 967-366 | [Aalders.Hanna@lsjv.rlp.de](mailto:Aalders.Hanna@lsjv.rlp.de)

## Kinderhandel und Ausbeutung im Migrations- und Asylkontext – (Un-)Begleitete minderjährige Betroffene in Ausbeutungsstrukturen erkennen und reagieren

Termin: 27. September 2023

Ort: digital per ZOOM



Veranstalter: ECPAT e. V. und Referat 34 der Abteilung Landesjugendamt

Zielgruppe: Öffentliche und freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz

In der kooperativen Fachveranstaltung mit ECPAT Deutschland e. V. (Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung) werden Andrea Hitzke (Mitternachtsmission Dortmund) und Tobias Hinz (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) auf folgende Themen eingehen:

- Einführung und Hintergründe zu Handel mit und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen
- Internationale rechtliche Einordnung und Situation in Deutschland
- Identifizierung und Schutz minderjähriger Betroffener von Menschenhandel
- Menschenhandel im Migrations- und Asylkontext
- Aufenthalts- und asylrechtliche Aspekte
- Erfahrungsaustausch und Bearbeitung von Praxisbeispielen

Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist hier möglich: <https://evento.com/834421086>

Den Flyer können Sie über das Referat 34 in der Abteilung Landesjugendamt anfordern. Anmeldeschluss ist der 13. September 2023.

Ansprechpartnerinnen

Hanna Aalders | Telefon 06131 967-366 | [Aalders.Hanna@lsjv.rlp.de](mailto:Aalders.Hanna@lsjv.rlp.de)

Nele Diether | [Diether@ecpat.de](mailto:Diether@ecpat.de)

## Kindesunterhalt aktuell

Termin: 5. Oktober 2023

Ort: Akademie der Wissenschaft und Literatur,  
Mainz

Veranstalter: Abteilung Landesjugendamt, Referat  
35 und 36



Titelbild des Flyers

Zielgruppe: Fachkräfte aus der Beistandschaft, Unterhaltsvorschuss und Vormundschaft

Unterhaltsrechtliche Kenntnisse sind in vielen Bereichen wichtig, um ordnungsgemäß beraten oder Ansprüche berechnen zu können.

Ziel der Veranstaltung ist es daher, den Fachkräften mehr Sicherheit im Bereich des aktuellen Kindesunterhaltsrechts zu vermitteln und vorhandene Kenntnisse zu vertiefen.

Als Referent für den Hauptvortrag konnte erneut Andreas Cohnen, Richter am OLG Koblenz, gewonnen werden. Cohnen wird einen Überblick über die Grundzüge der Berechnung des Kindesunterhalts geben. Insbesondere wird die Frage der Ermittlung des unterhaltsrechtlich relevanten Einkommens in seinen verschiedenen Ausprägungen thematisiert. Neben aktuellen Änderungen und Entwicklungen im Kindesunterhaltsrecht wird er näher auf die jüngste Rechtsprechung aus diesem Themenbereich eingehen.

Anschließend haben Sie die Gelegenheit, sich in einer der drei Fachforen mit den Themen

- konkrete Berechnung von Kindesunterhaltsansprüchen anhand von Fallbeispielen,
  - Rückgriff nach § 7 UVG bei geringem Einkommen und Mangelfallberechnung und
  - vereinfachtes Verfahren zur Unterhaltsfestsetzung
- auseinanderzusetzen.

Teilnahmegebühr: 60,00 Euro pro Person

Den Flyer können Sie im SPFZ anfordern. Anmeldeschluss ist der 18. September 2023.

Ansprechpartnerinnen

Eugenia Mantay | Telefon 06131 967-131 | [Mantay.Eugenia@lsjv.rlp.de](mailto:Mantay.Eugenia@lsjv.rlp.de)

Hanna Aalders | Telefon 06131 967-366 | [Aalders.Hanna@lsjv.rlp.de](mailto:Aalders.Hanna@lsjv.rlp.de)

## Abschlussstagung „JES! mit PEP vor Ort 3“ in Mainz

Termin: 5. Oktober 2023

Ort: Bürgerhaus Hechtsheim, Mainz

Veranstalter: Abteilung Landesjugendamt, Referat 31

Zielgruppe: Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung sowie Fachkräfte der Jugendarbeit



Titelbild des Flyers

Am 5. Oktober 2023 ist es endlich soweit! Erfolgreich schließen wir die dritte Runde des jugendpolitischen Praxisentwicklungsprojektes (mit PEP vor Ort) im Rahmen der Landesstrategie und -förderung „JES!“ ab. Ein Grund zum Feiern, sich auszutauschen und Bilanz zu ziehen.

Wie bei den vorigen Projekten haben die Fachkräfte der Jugendarbeit mit aktiver Unterstützung durch die Spitzenkräfte aus Verwaltung und Politik in vier Gebietskörperschaften eine kommunale Jugendstrategie von und für Jugendliche entwickelt und implementiert. Die Akteurinnen und Akteure wurden hierbei wissenschaftlich begleitet und unterstützt. Netzwerk und Politikfeldanalysen wurden durchgeführt, Kommunikationstraining mit Politik sowie Strategien und Aktionspläne entwickelt und umgesetzt.

Zu Beginn steht die Würdigung der beteiligten Kommunen und deren politische Verantwortliche durch die Jugendministerin Katharina Binz. Anschließend werden Einblicke und Anregungen für einen Transfer gegeben und erörtert, wie die Ziele erreicht wurden. Die Professoren Dr. Werner Lindner, Dr. Stephan Grohs und Dr. Herbert Schubert sowie Dr. Moritz Kirchner sind als Experten vor Ort, um genau diesen Fragen auf den Grund zu gehen. Abgerundet wird das Programm durch diejenigen, die das Projekt begleitet haben.

Wer es nun kaum noch abwarten kann dabei zu sein, darf sich gerne bis zum 15. September 2023 unter [Tagungen-jugend@lsjv.rlp.de](mailto:Tagungen-jugend@lsjv.rlp.de) für die Veranstaltung anmelden. Den Flyer können Sie über das Referat 31 in der Abteilung Landesjugendamt anfordern. Wir freuen uns auf Ihr zahlreiches Erscheinen!

Ansprechpartner

Rudi Neu | Telefon 06131 967-263 | [Neu.Rudi@lsjv.rlp.de](mailto:Neu.Rudi@lsjv.rlp.de)

## Demokratietag Rheinland-Pfalz 2023

### Unsere Zukunft beginnt heute!

Termin: 12. Oktober 2023

Ort: KING/Weiterbildungszentrum (WBZ), Ingelheim am Rhein

Veranstalter: Land Rheinland-Pfalz, Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz u. v. m.

Zielgruppe: Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, junge Menschen und Erwachsene, die sich in den Feldern Demokratiebildung/-pädagogik, Kinder- und Jugendbeteiligung sowie Erwachsenenbildung engagieren

Der 18. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz am 12. Oktober 2023 hat sich vorgenommen, Zukunftsthemen in den Mittelpunkt zu stellen. Die Veranstaltung bietet wieder ein breites Angebot mit Bühnenprogramm, Workshops und Diskussionen mit Engagierten aus Politik und Praxis – in der Hauptveranstaltung in Ingelheim am Rhein, aber auch an vielen weiteren Orten in Rheinland-Pfalz, als Live-Stream über die Webseite des Demokratie-Tags oder als TV-Ausstrahlung über die Offenen Kanäle Rheinland-Pfalz. Der Markt der Möglichkeiten bietet einen Raum für Austausch und Vernetzung.

Verschiedene Veranstaltungen in anderen Regionen des Landes begleiten den Demokratie-Tag als Satelliten über Tag oder als „Lange Nacht der Demokratie“ am Abend. Seien Sie dabei!

Weitere Informationen auf der Veranstaltungshomepage: <https://demokratietag-rlp.de/>

Ansprechpartnerin

Stephanie Eckert | Telefon 06131 967-503 | [Demokratiezentrum@lsjv.rlp.de](mailto:Demokratiezentrum@lsjv.rlp.de)

## Save the Date

**Fachtag zum Thema: „Arbeit mit Aussteigerinnen und Aussteigern aus der rechten Szene in der Prävention“**

Termin: 22. November 2023



## IMPRESSUM

### Mitglieder der AG Info des Landesjugendamtes

Iris Egger-Otholt	Leiterin der Abteilung Landesjugendamt
Stefanie Eckert	Projekte gegen Extremismus
Sonja Becker	Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle Rheinland-Pfalz und Hessen, Vollzeitpflege
Heidi Steffl	Hilfen zur Erziehung, ASD, Servicestelle Kinderschutz, Frühe Hilfen
Susanne Hübel	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum
Kira Kluth	Vorzimmer Abteilung Landesjugendamt
Andrea Leiter	Grundsatzangelegenheiten der Jugendhilfe
Annegret Merkel	Kindertagesstätten, Kindertagespflege
Barbara Liß	Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen

### Bildnachweis

Bild Seite 1:	© Gorilla – Fotolia.com
Bild Seite 5 (LJA)	© auremar – Fotolia.com
Bild Seite 11 (Der Blick zurück)	© Photobeps – AdobeStock
Bild Seite 13 (Flyer d. Veranstaltung)	© Tom – fotolia.com
Bild Seite 34 (Titelbild des Flyers)	© Africa Studio – Fotolia.com
Bild Seite 37 (Jan Cönig)	© Jan Cönig
Bild Seite 54 (Terminankündigungen)	© strichfiguren.de – Fotolia.com
Bild Seite 55 (Titelbild des Flyers)	© Joaquin Corbalan – stock.adobe.com
Bild Seite 57 (Titelbild des Flyers)	© magele-picture – stock.adobe.com
Andere Bilder	© LSJV, sofern nicht anders angegeben

### Herausgeber

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz  
– Abteilung Landesjugendamt –  
Rheinallee 97-101  
55118 Mainz  
Telefon 06131 967-289  
Telefax 06131 967-12289  
landesjugendamt@lsjv.rlp.de  
www.lsjv.rlp.de

### Redaktion V. i. S. d. P.

Iris Egger-Otholt

